

KOMMUNALER ZUKUNFTSBERICHT 2015



2013
2014
2015
2016
2017

Der „Kommunale Zukunftsbericht“ ist eine Publikation des Österreichischen Gemeindebundes, die jährlich erscheint.

Er ist ein offener publizistischer Think-Tank, in dem Menschen aus vielen unterschiedlichen Bereichen über Zukunftsfragen für Gemeinden nachdenken. Kontroverse Meinungen und Beiträge sind dabei erwünscht, nicht jeder Beitrag entspricht der Meinung oder Position des Österreichischen Gemeindebundes.

Dieser Bericht hat eine Auflage von rund 5.000 Exemplaren. Er ergeht an alle Bürgermeister/innen sowie zahlreiche Meinungsträger/innen und –bildner/innen in unserem Land.



Titelbild: Stadt Ried im Innkreis in Oberösterreich
Foto: Thomas Hawlik
www.ried.com

<i>Helmut Mödlhammer</i>	Wie schaut die Gemeinde in 20 Jahren aus?	5
<i>Walter Leiss</i>	Stehen wir vor der Aufgabe des ländlichen Raums?	11
<i>Alfred Riedl</i>	Wer soll das bezahlen? Gedanken zum Finanzausgleich	21
<i>Barbara Kaufmann</i>	In Krumbach wartet die Welt Das Projekt BUS:STOP und die Bushüsle	29
<i>Thomas Trescher, Rainer Brunnauer</i>	Die Ordnung der Dinge	39
<i>Stefan Schmuckenschlager</i>	Die Grenzen der Bürgerbeteiligung	47
<i>Simon Schnetzer</i>	Jugendbeteiligung in der Gemeinde	53
<i>Dieter Posch</i>	Menschen sind auf der Flucht. Dürfen wir noch länger wegschauen?	61
<i>Thomas Weber</i>	Nachhaltigkeit auf Gemeindeebene	67
<i>Petra Gajar</i>	Stressberuf Bürgermeister/in	75
<i>Karin Kadenbach</i>	Das kommunale Europa Klein und egal?	81
	Was Sie über Österreichs Gemeinden wissen müssen	87
	Der Österreichische Gemeindebund	89



Helmut Mödlhammer
Präsident
Österreichischer Gemeindebund

WIE SCHAUT DIE GEMEINDE IN 20 JAHREN AUS?

Wenn man einen Atlas oder eine Landkarte Europas von vor 30 Jahren in die Hände nimmt, dann kann man es kaum fassen, wie sich dieses Europa in diesem Zeitraum bis heute verändert hat. Riesige Reiche sind zerfallen, neue Staaten entstanden, die Jahrzehnte lang erstarrten politischen Systeme wurden auf den Kopf gestellt. Der Kontinent hat sich zusammengefunden zu einer Gemeinschaft, die in den letzten Jahren freilich wieder am Bruch entlang schrammt. Und auch heute gibt es fast täglich wechselnde Konstellationen, wenn man nach Afrika oder in den Nahen Osten schaut.

Aber nicht nur die Landkarten sind einer schier unglaublichen Veränderung unterworfen, sondern auch die Lebensgewohnheiten und Lebensverhältnisse der Menschen. Vor drei Jahrzehnten war ein Computer ein Wunderding, vor fünfzehn Jahren ein Handy ein finanziell und technisch kaum erschwingliches Gerät, die digitale Welt völlig uner-

schlossen. Und wie wird die Welt in zwanzig oder dreißig Jahren aussehen? Die Zukunftsforscher haben zwar Hochsaison, Studien und Prognosen gibt es viele, aber in einer schnelllebigen Zeit sind schon zwei oder drei Jahre ein fast unabwägbarer Zeitraum.

Und wie schaut das mit den Gemeinden aus? Auch sie haben nicht nur ihr Gesicht, sondern auch ihr Aufgabenfeld völlig verändert. Ging es bis zur Wende ins dritte Jahrtausend hauptsächlich um die harten Fakten einer funktionierenden Infrastruktur, wie Versorgung mit Wasser, die Entsorgung von Abwasser, den Ausbau des Wege- und Straßennetzes oder Bau der Pflichtschulen und Kindergärten, so geht es heute meist um die „Soft-Facts“, wie Kinderbetreuung, Pflege der älteren Bürgerinnen und Bürger, Ausbau der Serviceleistungen, funktionierenden Nahverkehr, aber vor allem um Ausbildungschancen für Kinder und Jugendliche, attraktive und leistbare

Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten. Die Gemeinde von heute ist nicht eine Behörde oder ein Amt, sie ist nicht nur Bereitsteller eines guten Infrastrukturangebotes, sie ist Bürger-Servicestelle für Alles und Jedes.

Und je mehr sich Einrichtungen von Bund und Ländern zurückziehen, umso mehr kommt die Gemeinde in die Verantwortung. Mit dem Rückzug der Postämter wurden viele Gemeinden Postpartner, mit der Schließung von Polizeiposten haben viele Gemeinden neue Sicherheitsaufgaben übernommen, mit der Auflassung von Bahn- und Buslinien wurden viele Kommunen zum Besteller und Bezahler eines mehr schlecht als recht funktionierenden öffentlichen Verkehrs. Und mit dem Einzug der Digitalisierung sehen sich jene Gemeinden, in denen für die Netzbetreiber nicht der große Gewinn lockt, gezwungen, Geld für das Breitband in die Hand zu nehmen, um nicht jeglichen Anschluss an die rasante Entwick-

lung zu verlieren. Wie geht es weiter, gibt es für die Gemeinden eine blühende Zukunft oder ist das Modell einer kleinen überschaubar und durchschaubaren Einheit im Auslaufen? Die Antworten sind völlig konträr. Die einen sagen, dass sich die Menschen umso mehr in Kleiräume zurückziehen je mehr die Welt zum Dorf wird, je mehr also die Globalisierung voranschreitet. Die anderen erklären uns ständig, dass diese alten Strukturen überhaupt nicht mehr zeitgemäß sind, dass wir großräumig denken und handeln müssen, die Gemeindegrenzen endlich eingerissen werden sollen und die Bürger sich nach einer grenzenlosen Freiheit sehnen. Und beide Seiten untermauern ihre Thesen mit entsprechenden tatsächlichen Entwicklungen.

Zunächst einmal die Argumente der „Gemeinde-Fetischisten“. Das beste Zeugnis für eine Zukunftstauglichkeit ist das Vertrauen der Menschen in eine Einrichtung. Die Gemeinden sind jene Ebene, der die Bürgerinnen

und Bürger mit Abstand am meisten Vertrauen schenken. Und zwar je kleiner die Gemeinde ist, desto höher ist dieses Vertrauen. Überraschend und neu ist der überdurchschnittlich hohe Zustimmungsgangrad in der Altersgruppe der 19- bis 29-Jährigen. Geschätzt wird von den Bürgerinnen und Bürgern auch die Möglichkeit der Beteiligung und Mitbestimmung.

Aber auch wirtschaftlich bilden die Gemeinden trotz vieler Sorgen und Probleme insgesamt eine solide Basis. Sie sind die einzige Gebietskörperschaft, die es österreichweit schafft, zumindest ausgeglichen oder gar mit einem kleinen Überschuss zu wirtschaften. In den Gemeinden stehen den Schulden Werte gegenüber, die ein Vielfaches der Schulden ausmachen.

Gebäude, Straßen, Leitungssystem für Wasser und Abwasser, all diese Werte wurden in den letzten Jahrzehnten geschaffen und finanziert. Unsere Darlehen

wurden nicht für den Alltagsbetrieb, für die Abdeckung von Defiziten oder kurzfristigen Vorhaben aufgenommen. Wir haben solide Finanzierungen für konkrete Projekte verwendet. Das unterscheidet uns von vielen anderen.

Die Gemeinden sind nach wie vor der größte öffentliche Investor. Vor allem die Klein- und Mittelbetriebe in der Region, die vielfach das wirtschaftliche Rückgrat sind, profitieren davon. Trotz der Vielzahl an Kleingemeinden (ähnlich viele Gemeinden mit einer entsprechenden Autonomie gibt es nur mehr in der Schweiz) sind die Verwaltungskosten im europäischen Vergleich relativ gering. So ist die Zahl der Beschäftigten in den Kommunen im viel gepriesenen Dänemark mit nur mehr rund 90 Gemeinden pro tausend Einwohner ungefähr drei Mal so hoch wie in Österreich. Diese und viele andere Aspekte führen auch dazu, dass Österreichs kommunale Landschaft für viele Politiker anderer europäischer Staaten ein Vorbild ist.

WIE SCHAUT DIE GEMEINDE IN 20 JAHREN AUS?

Fast täglich melden sich Delegationen aus dem Ausland, um den österreichischen Erfolgsweg auf kommunaler Ebene zu erkunden und von uns zu lernen.

Und jetzt zu den „Gemeindeskoptikern“. Ihr Hauptargument ist, dass die Dörfer aussterben, die Menschen in die Ballungsräume ziehen. Tatsächlich ist es derzeit so, dass nur ein Drittel der österreichischen Gemeinden, nämlich jene, die entweder in Ballungsräumen oder an hochfrequentierten Verkehrsadern liegen, an Einwohner zunehmen und die restlichen Gemeinden stagnieren oder mit dem durchschnittlichen Wachstum mithalten können und damit in ihrer Lebensfähigkeit langfristig gefährdet sind. Darüber hinaus seien kleinere Einrichtungen teurer und ineffizienter. Die Zeit des Kirchturmdenkens müsse ein Ende finden, die Verwaltung müsse sich der Entwicklung des internationalen Geschäftslebens anpassen. Die Gemeinde sei ein normaler Wirtschaftsbetrieb,

der sich den Wettbewerbsbedingungen stellen müsse. Die Zeit der Dorfpaschas und der Vereinsmeier sei vorbei. Facebook und die modernen und rasch wechselnden Kommunikationsschienen ersetzen das Gespräch von Angesicht zu Angesicht.

Medial finden die Argumente der Gegner umso mehr Niederschlag, je entfernter das Medium von der Gemeinde ist. Während Regionalzeitungen und auch lokale Radio- oder TV-Sender die Leistungen der Kommunen schätzen - sogar der große ORF plant die Einführung eines Frühstücksfernsehens, bei dem täglich das Geschehen in den Gemeinden geschildert werden soll-, sitzen in den zentralen Redaktionsstuben in Wien oft die vehementesten Gemeindekritiker.

Ich habe die Argumente beider Seiten immer ernst genommen und unterziehe sie auch stets einer Prüfung. Wo und wann immer gemeint wird, wir könnten von anderen Ländern etwas

lernen, versuche ich, mir ein Bild vor Ort zu machen. Unter diesem Aspekt sind auch die Kommunalreisen in die Länder zu sehen, die jeweils den EU-Vorsitz innehaben. Wir schauen uns die Organisation und Verwaltung der Kommunen genauso an wie die Infrastruktur, besonders in der Kinderbetreuung und im Pflegebereich, wir vergleichen die Wirtschaftlichkeit und Serviceleistungen und ziehen die notwendigen Schlüsse daraus. Österreichs Gemeinden sind im Großen und Ganzen hervorragend aufgestellt und brauchen kaum Vergleiche zu scheuen. Trotzdem wird es auch in den Gemeinden zu Veränderungen kommen. Einerseits, weil der Sparzwang des öffentlichen Sektors vor den Gemeinden nicht halt macht, andererseits weil die Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an ihre Gemeinde stets zunehmen.

Und obwohl ich ein hohes Maß an Skepsis gegen selbsternannte Propheten habe, wage ich einige Thesen:



1) Die Abwanderung aus den ländlichen Räumen und der Zuzug in die Ballungsräume werden noch längere Zeit anhalten, weil die Menschen dort hingehen, wo sie Arbeit und Beschäftigung finden.

2) Gleichzeitig wird die Bedeutung der Freizeit- und Erholungsräume zunehmen, weil die getriebenen Menschen Orte der Ruhe und Stille als Ausgleich zum Berufs- und Freizeitstress brauchen.

3) Die Strukturen und Aufgabengebiete der Gemeinden werden sich natürlich ändern. Nicht alle Gemeinden können Industrie-, Gewerbe-, Tourismus- oder Einkaufszentren werden. Die Gemeinden werden sich viel mehr ihrer Stärken und Schwächen bewusst werden.

4) Die Gemeinden werden die Zusammenarbeit verstärken, die verschiedenen Aufgaben aufteilen, von den Belastungen bis zu den Einnahmen.

5) Die Gemeinden werden noch mehr im Wettbewerb untereinander aber auch mit der Privatwirtschaft stehen und ihre Leistungen für die Bürger tagtäglich nachweisen müssen.

6) Die Kommunen werden nicht nur neue Bürgerbeteiligungs-, sondern Bürgeraktivierungsmodelle erarbeiten, die darauf abzielen, die Eigenverantwortung der Menschen zu erhöhen. Nicht alles kann der Gemeinde aufgebürdet werden.

7) Vorbilder sind auch in der heutigen Zeit gefragt. Die Gemeinden haben in den Bereichen Energie und Umwelt eine besondere Vorbildfunktion. Die Bürgerinnen und Bürger werden sie an ihrer Innovationskraft messen.

8) Die Suche nach Führungspersönlichkeiten im politischen wie im gesellschaftlichen Bereich wird schwieriger, weshalb die Funktionsausübung nicht ständig erschwert, sondern attraktiver

gestaltet werden muss. Ziel muss es (auch) sein, mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen.

9) Die Gemeinden werden der beständigste Teil des Gesellschaftslebens bleiben, weil immer mehr Menschen erkennen, dass es neben dem wirtschaftlichen Fundament auch eine soziale Säule braucht, die das Dach des Miteinanders, des gegenseitigen Verstehens und Helfens trägt.

Das wird sich im raschen Fluss vielfältigster Zeiterscheinungen auch nicht ändern.

Ich bin selbst sehr neugierig, welche dieser Thesen sich bewahren wird. Im vor Ihnen liegenden Zukunftsbericht des Gemeindebundes machen sich noch viele andere, sehr gescheite, Menschen Gedanken über Zukunftsfragen der kommunalen Ebene. Ich bin stolz darauf, dass wir diese Publikation seit einigen Jahren haben und wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Helmut Mödlhammer, 63,
*ist Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
Er war 28 Jahre lang Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Hallwang.*



Walter Leiss
Generalsekretär
Österreichischer Gemeindebund

STEHEN WIR VOR DER AUFGABE DES LÄNDLICHEN RAUMS?

Schulgebäude, bei denen nur mehr die Aufschrift über dem großen Eingangportal an das einstige Stimmengewirr von Kindern und Lehrern auf den Gängen erinnert, Gasthäuser, bei denen der letzte Stammtisch schon viele Jahre zurückliegt, eine Polizeidienststelle, deren äußere Hülle keinem Bürger mehr ein Gefühl der Sicherheit geben kann, oder der Bahnhof, der vergebens auf Fahrgäste wartet.

Traurige Beispiele einer zentralistischen Politik könnte an dieser Stelle sicher jeder Landbürgermeister viele aufzählen. Denken wir nur an die Nahversorger- und Postfilialschließungswellen, das Zusammenlegen der Bezirksgerichte, das Schließen von Volks- und Hauptschulen in zahlreichen Bundesländern und nicht zuletzt auch an die fehlenden Allgemeinmediziner am Land.

Eine verblasste Erinnerung an eine bessere Zeit?

All das sind wesentliche Faktoren einer lebendigen Gesellschaft, die nicht nur in der Stadt, sondern gerade auch am Land existieren und nicht über Nacht herbeigezaubert worden sind.

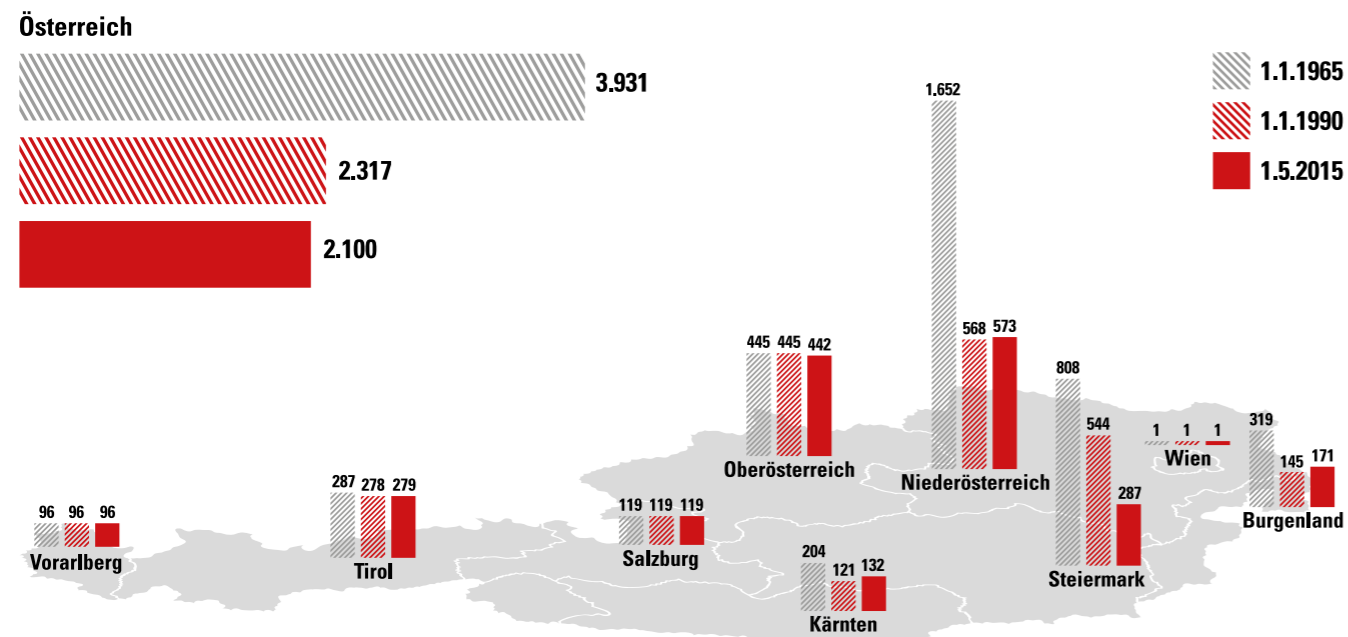
Sie wurden mühsam aufgebaut – das zwar in einer wirtschaftlich prosperierenden Zeit, aber auch in einer Zeit, in der das Bekenntnis zum ländlichen Raum nicht nur eine nett gemeinte Worthülse war.

Schaut man auf die Entwicklung des ländlichen Raums so stößt man auf eine lange Liste von Schließungen. Seit 1965 hat sich die Anzahl der Gemeinden fast halbiert. Gab es am 1. Jänner 1965 noch 3.931 Gemeinden, sind es im Jahr 2015 nur mehr 2.100. Die größte Strukturreform wurde zuletzt in der Steiermark umgesetzt. Dort gab es mit 1. Jänner 2015 um 288 Gemeinden weniger – freiwillig oder zwangsweise.

Für große Aufregung hat nicht nur in den betroffenen Gemeinden auch die Schließung von 122 Polizeiinspektionen gesorgt. Aus Gründen der verbesserten Effizienz wurden hier die lokalen Dienststellen zu größeren Einheiten zusammengelegt. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Präsenz der Polizeistreifen tatsächlich erhöht, wie es versprochen wurde. Nicht nur beim Sicherheitspersonal, sondern auch bei den Gerichten wurde unter dem Motto der Effizienzsteigerung und moderneren Sicherheitssystemen fusioniert: Von 2010 bis 2014 nahm die Anzahl der Bezirksgerichte um 24 ab und steht nun bei 117 Standorten. Weitere Schließungen werden zum Beispiel im Salzburger Flachgau, wo aus den Bezirksgerichten in Oberndorf, Neumarkt und Thalgau eines werden soll, folgen.

Ein radikaler Einschnitt für viele Gemeinden und die lokale Wirtschaft werden auch die Sparabsichten von Verteidigungsminister Gerald Klug, die eine

ANZAHL DER GEMEINDEN VON 1965 BIS 2015



STEHEN WIR VOR DER AUFGABE DES LÄNDLICHEN RAUMS?

Schließung von weiteren 13 Kasernen bis 2018 vorsehen, sein. Laut einer Erhebung des Instituts für Wirtschaft und Standortentwicklung im Auftrag der Wirtschaftskammer Steiermark aus dem Jahr 2011 brachten alleine die elf steirischen Kasernen eine jährliche Wertschöpfung von rund 150 Millionen Euro für die Regionen. Kasernen sind gerade in wirtschaftlich schwächeren Gebieten ein wichtiger Arbeitgeber und für die ortsansässigen Betriebe oft ein Überlebensfaktor. Von der Tankstelle bis zum Bäcker oder Supermarkt profitieren viele Betriebe davon.

Unter dem Titel „Umstrukturierung des Post-Geschäftsstellen-Netzes“ ging eine der größten Infrastruktur-Veränderungen der letzten Jahrzehnte über die Bühne. Nach der Privatisierung der Post (2004) mussten Mitarbeiter abgebaut und Filialen geschlossen werden. Ohne die Hilfe der Gemeinden, die mittlerweile 219 Post-Partner-Stellen betreiben,

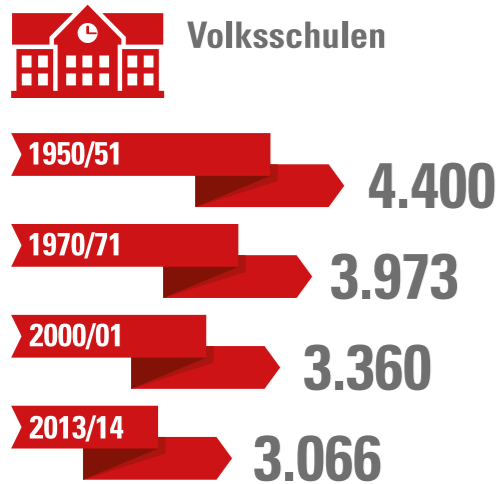
hätte diese Maßnahme eine noch schnellere Ausdünnung des ländlichen Raums bedeutet. Insgesamt wurden in den letzten fünf Jahren 614 Postfilialen zugesperrt, dafür kamen 888 Post Partner dazu. 2014 gab es 1.826 Post-Geschäftsstellen.

Weitere Einsparungsmaßnahmen, wie die nur mehr einmal die Woche erfolgenden Zustellungen von nicht adressierten Materialien haben aber in der Vergangenheit zu teils heftiger Kritik geführt, denn oft kam es vor, dass Trauerparten erst nach der Beisetzung des Verstorbenen zugestellt wurden.

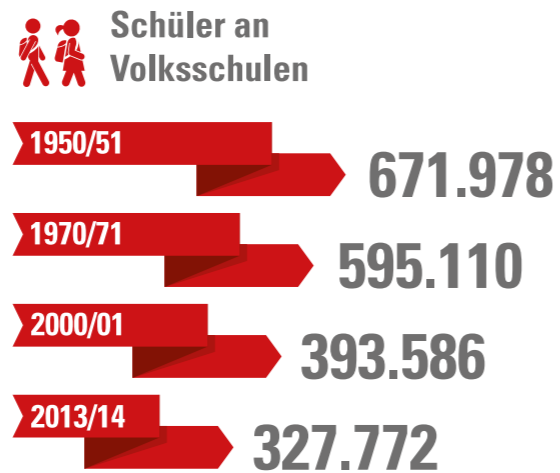
Auch in den Schulen haben wir nach den geburtenstarken Jahrgängen nun das Problem, dass wir eine weitreichende Infrastruktur aufgebaut haben, die aber aufgrund der stark gesunkenen Schülerzahlen – seit 1950 um 51 Prozent bei den Volksschulen zum Beispiel – nicht mehr überall ausgelastet ist. Seit 1950 hat sich aber

auch die Anzahl der Volksschulen um 30 Prozent reduziert. Für die Gemeinden ist es durchaus nachvollziehbar, dass eine Schule mit weniger als zehn Kindern nur schwer aufrechtzuerhalten ist. Besorgniserregend ist aber die Absicht vieler Landes- und Bundespolitiker, Kleinschulen zu schließen, weil sie angeblich aufgrund des altersübergreifenden Unterrichts qualitativ schlechter seien. Die Praxis, die leider keiner der Politiker hören will, ist, dass diese Unterrichtsform sogar zu größeren Bildungserfolgen führt, als überfüllte Klassen mit überforderten Lehrkräften.

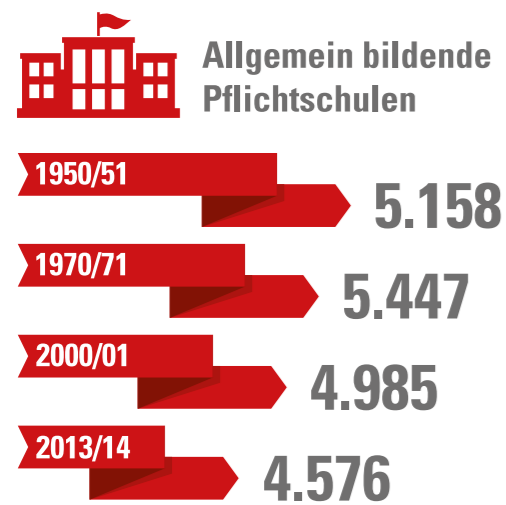
Selbst in Ballungsräumen werden altersübergreifende Klassen mit großem Zuspruch und guten Ergebnissen getestet. Es wäre auf jeden Fall wünschenswert, dass bei Schließungsabsichten mit den Bürgermeistern und Direktoren ein offener Dialog gestartet wird, anstatt einfach über die örtlichen Besonderheiten und die Wünsche der Eltern drüberzufahren. Auch übergeord-



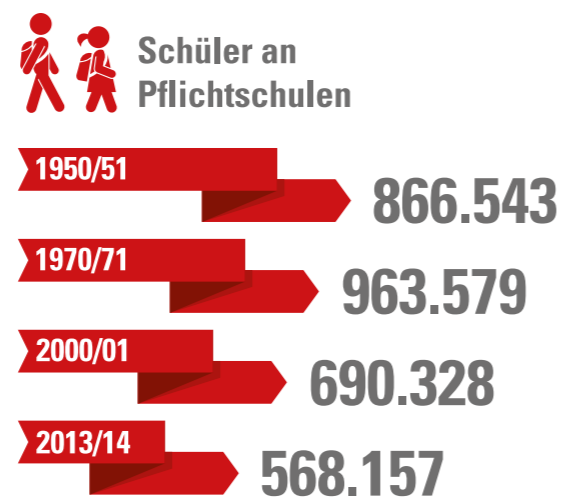
Von 1950 bis 2013 ist das eine **Reduktion um -30%**.



Von 1950 bis 2013 ist das eine **Reduktion um -51%**.



Von 1950 bis 2013 ist das eine **Reduktion um -11%**.



Von 1950 bis 2013 ist das eine **Reduktion um -34%**.

Quelle Statistik Austria

STEHEN WIR VOR DER AUFGABE DES LÄNDLICHEN RAUMS?

nete Politiker dürfen bei diesen Schließungsabsichten nicht vergessen, dass eine Schule ein integraler Bestandteil der Gemeinschaft einer Gemeinde ist und dass hier nicht nur mit dem Maßstab nichtssagender Zahlen gemessen werden darf.

Ein massives Problem haben wir bei den Allgemeinmedizinern. Von den derzeit 1.560 Landärzten gehen in den nächsten fünf Jahren 400 in Pension. In den nächsten zehn Jahren sind es sogar mehr als doppelt so viele. Wir kennen Einzelbeispiele wie Großarl, wo man schon seit Jahren nach einem Arzt für die Gemeinde sucht. Tatsächlich ist der Mangel an Nachfolgern aber österreichweit zu beobachten: Immer weniger Jungmediziner bewerben sich um Landarztstellen und von diesen springen immer mehr ab, sobald sie sich ein Bild von den Lebens- und Arbeitsbedingungen am ausgeschriebenen Standort gemacht haben. Ein Landarzt ist derzeit für ca. 2.300 Ein-

wohner zuständig. Dazu kommen durchschnittlich 1.000 Hausbesuche jährlich. Mit der seit 2013 teilweisen Abschaffung der Hausapotheken brachen den Landärzten ein wesentlicher Einkommensbestandteil weg. Da können sich die Gemeinden noch so viel Mühe geben und die Praxen renovieren, weniger bis gar keine Miete verlangen, wenn die Rahmenbedingungen in der Ausbildung und beim späteren Einkommen nicht passen, bleibt dieser Beruf unattraktiv. Nur wahre Idealisten übernehmen solche Stellen.

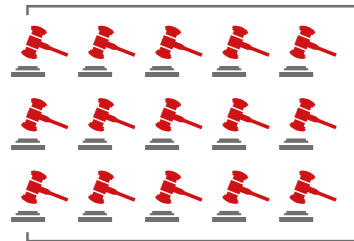
Da klingt es fast wie Hohn, wenn die Bundespolitiker ankündigen, die Menschen weg von den Spitalsambulanzen hin zu den Allgemeinmedizinern bringen zu wollen, wenn dieser Beruf sowieso schon so unattraktiv ist, dass sich immer weniger junge Menschen finden, die das machen wollen. Hier gilt es – auch im Hinblick auf den steigenden Anteil der älteren Bevölkerung – schnellstens Versäumnisse aus

der Vergangenheit in der Ausbildung und Attraktivität nachzuholen, möchte man den guten Standard im Gesundheitssektor in GANZ Österreich aufrechterhalten.

Erschütternd ist es auch, dass zwar einerseits Unmengen an Geld in Tunnelprojekte gepumpt werden, andererseits aber der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und von wichtigen Schnellverkehrsrouten in ländlichen Gebieten wie dem Waldviertel, dem Südburgenland oder der Oststeiermark seit Jahrzehnten stockt. Wie sollen sich diese Regionen weiterentwickeln, wenn sie verkehrstechnisch weiterhin auf dem Stand der Monarchie gehalten werden?

Auf die Spitze getrieben wird dieser Konflikt nun in einigen Bundesländern, wo neue Wohngebiete nur mehr in jenen Gegenden genehmigt werden sollen, in denen sich eine entsprechende Anbindung an den öffentlichen Verkehr befindet. Ein Bürgermeister kann gar

Schließungen von Bezirksgerichten



Weitere Schließungen folgen.

keine Bus- oder Zugverbindungen organisieren, selbst wenn er das will, denn Bund und Länder sind dafür zuständig.

Das Abstruse: Gleichzeitig zu solchen Raumordnungsvorschriften werden von den Landesbahnbetreibern zahlreiche Regionalstrecken gesperrt, die Busfrequenz weiter verschlechtert oder Haltestellen gleich ganz aufgelassen. Es ist zweifelsohne ein wichtiger Gedanke, dass die grenzenlose Versiegelung von Flächen in Österreich eingedämmt werden muss - nicht nur wegen der Hochwassersicherheit. Aber man müsste den zuständigen Politikern doch einmal vorschlagen, mehrere Monate am Land zu leben. Vielleicht würde ihnen dann klar werden, welche Auswirkungen ihre Gesetze in der Praxis haben.

Ein neues Wohngebiet zu schaffen ist auch für eine Gemeinde eine weitreichende und gut zu durchdenkende Entscheidung. Stehen doch damit auch große

STEHEN WIR VOR DER AUFGABE DES LÄNDLICHEN RAUMS?

Investitionen in die entsprechende Infrastruktur in Verbindung. Die nun gewählte Vorgangsweise entzieht aber Gemeinden jegliche Autonomie, für sich selbst entscheiden zu dürfen und zeigt deutliche zentralistische Züge. Dürfen sich Gebiete, in denen vielleicht nur zwei Mal am Tag ein Bus fährt, nicht mehr weiterentwickeln?

Aber nicht nur auf der Ebene der Landespolitik kommen in Sachen Infrastruktur schlechte Signale. Obwohl 30 Prozent der Wasserleitungen und etwa 13 Prozent der Kanäle in Österreich älter als 40 Jahre sind und damit schnellstens saniert werden müssen, war bis Frühling 2015 unklar, ob die dringend benötigten 100 Millionen Euro Förderung des Bundes pro Jahr bis 2016 wirklich aufgebracht werden können. Mit der mittlerweile beschlossenen Förderung für die Siedlungswasserwirtschaft können aber nur Projekte, die bereits auf der Warteliste stehen, Gelder erhalten. Der Inves-

titionsstau wird damit noch nicht abgebaut, obwohl dies gerade in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit einen wichtigen Impuls für die Bauwirtschaft setzen würde.

Auch bei der Breitband-Milliarde muss genau darauf geschaut werden, dass die Förderungen wirklich die Reduzierung der sogenannten „weißen Flecken“ auf der Breitbandlandkarte zur Folge haben. Während sich manche Stadtbewohner über einen neuen Handymast aufregen, würden sich Landbewohner in manchen Gebieten freuen, überhaupt Handyempfang zu haben.

Ein flächendeckendes Postfilialnetz, eine Schule, in die die Kinder zu Fuß gehen können, Bäcker, Lebensmittelläden, Ärzte in einer Dichte, die von jedermann und jederfrau gut erreichbar sind - dieser Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur mit kleinen Einheiten ist historisch gewachsen und das nicht ohne Grund. Jeder Bürger, egal in welcher Gemeinde er oder sie

wohnt, sollte Zugang zu einem Mindestmaß an Infrastruktur haben, die bezahlbar ist.

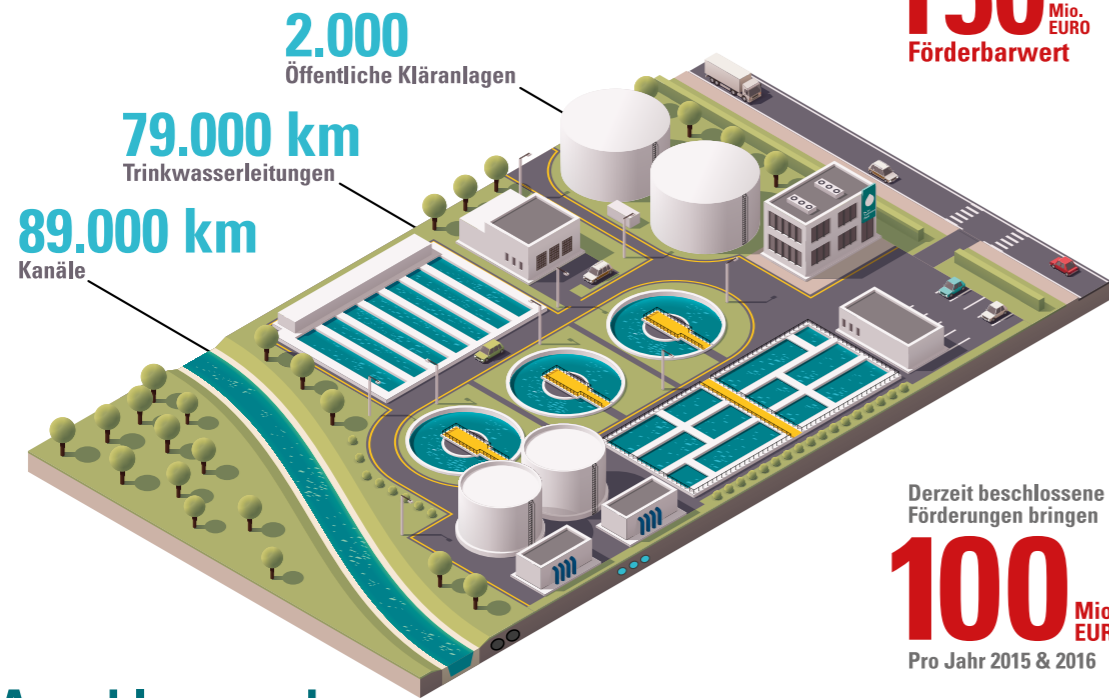
Von diesem politischen Leitgedanken sind wir in den letzten Jahrzehnten leider abgekommen. Die Taten der hohen Politik haben über Jahrzehnte einen Teufelskreis in Gang gesetzt, der vielen Regionen die letzte Hoffnung nimmt. Auch die Empfehlungen des Rechnungshofs, dem sowohl die Schulzusammenlegungen als auch die Bezirksschließungen nicht weit genug gehen, forcieren diesen Zentralismus.

Wir verstehen die Bemühungen, öffentliche Einheiten effizienter zu machen, das darf aber nicht auf Kosten der Bürger am Land passieren. Der Spardruck trifft alle Gebietskörperschaften. Den Gemeinden werden ständig neue Aufgaben übertragen, bzw. die Standards (zB. Kleinkindbetreuung, Kindergarten, Bildung) erhöht. Das steigert die Kosten. Die Gemeinden erhalten 11,88

Seit 1959

55 Mrd. EURO
Investment

Wasserversorgung & Abwasserentsorgung



Ende 2014 ca.

1.800
offene Förderansuchen

800 Mio. EURO
Investitionsvolumen

150 Mio. EURO
Förderbarwert

Derzeit beschlossene Förderungen bringen

100 Mio. EURO
Pro Jahr 2015 & 2016

Anschlussgrad bei mehr als
90%
Ein europäischer Spitzenwert

30% Wasserleitung
13% Kanäle

40
Älter als Jahre

5 Mrd. EURO
Investitionsbedarf Sanierung

STEHEN WIR VOR DER AUFGABE DES LÄNDLICHEN RAUMS?

Prozent der Steuereinnahmen (Ertragsanteile) und haben bisher positive Maastricht-Ergebnisse erzielt. Wie das nach der Steuerreform aussieht, wird man sehen.

Ungeachtet dessen glauben viele Zentralisten, dass gerade durch Einsparungen auf der Gemeindeebene der Staatshaushalt zu retten ist. Kosmetische Veränderungen, die meist mehr Nachteile, neue Bürokratie und kompliziertere Abläufe bringen, dürfen nicht mehr als Revolutionen in der Verwaltung verkauft werden. Statt weitere Infrastruktur – egal ob es sich dabei um Polizeidienststellen, Krankenhäuser, Schulen, Lokalbahnen uvm. handelt – zusammenzulegen, sollte zuerst darauf geschaut werden, welche Aufgaben müssen diese bewältigen und könnte man Regeln und Dokumentierungsvorschriften reduzieren, damit wieder mehr Zeit für die eigentliche Aufgabe bleibt. Es kann nicht sein, dass die Gemeinden als Kämpfer für die Bewohner im ländlichen

Raum alleine gelassen werden. Die Kommunen können vom Nahversorger über die Post-Partner bis hin zum Busbetreiber nicht immer mehr Aufgaben der Grundversorgung übernehmen, wenn in der Bundes- und Landespolitik immer mehr Gesetze beschlossen werden, die das Leben am Land immer mehr verunmöglichen.

Der ländliche Raum darf nicht zu einem Energiegewinnungs- und Naherholungsraum für gestresste Städter verkommen. Die Politik muss wieder für alle Österreicherinnen und Österreicher da sein und Visionen entwickeln.

Es sollte selbstverständlich sein, bei allen Reformen auch die Auswirkungen auf die ländliche Bevölkerung zu analysieren. Immerhin leben dort 78 Prozent der Bevölkerung. Das berühmte „Bekenntnis zum ländlichen Raum“, das hohe Politiker immer so gerne in ihren Reden verwenden, muss endlich in die Tat umgesetzt werden.

Walter Leiss, 58,
führt seit 2011 die Agenden des Österreichischen Gemeindebundes als Generalsekretär. Davor war der Jurist u.a. Klubdirektor in Niederösterreich und in der Gemeindeabteilung des Landes NÖ tätig.



Alfred Riedl
Bürgermeister
Gemeinde Grafenwörth

WER SOLL DAS BEZAHLEN? GEDANKEN ZUM FINANZAUSGLEICH

Die Rahmenbedingungen für die Gemeindehaushalte haben sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Damit steht auch das Finanzausgleichsgesetz massiv unter Reformdruck. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist die Finanzsituation der österreichischen Städte und Gemeinden nicht schlecht.

Die Maastricht-Ziele werden erfüllt, die Kommunen haben die Krisenjahre gut überstanden und auch die Verschuldung der Städte und Gemeinden hält sich in Grenzen. Das große Problem ist jedoch, dass der Gestaltungsspielraum der Gemeinden massiv eingeschränkt ist, da sie bei der Finanzierung ihrer Aufgaben von bundes- und landesgesetzlichen Bestimmungen abhängig sind und damit konkrete Bedürfnisse einzelner Gemeinden nur eingeschränkt umgesetzt werden können.

Dazu kommt, dass die Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich enorm steigen und den

Handlungsspielraum der Kommunen zusätzlich begrenzen. Deswegen wird aus meiner Sicht auch ein Nachjustieren des Finanzausgleichs wenig bringen, weil die Mittel damit nicht mehr, sondern nur umverteilt werden. Vielmehr braucht es eine wirkliche Aufgabenreform, der auch eine Strukturreform folgen könnte. Dazu bedarf es einer Neuordnung der Solidaritätsbegriffe von horizontaler und vertikaler Ebene.

Was meine ich damit?

1. Der Staatsaufbau funktioniert nur dann, wenn jede Gebietskörperschaft, die für sie am besten geeigneten Kompetenzen und Pflichten übernimmt (vertikale Solidarität) und erledigt (Regelkompetenz).
2. Es ist dringend notwendig, eine offene und ehrliche Debatte hinsichtlich der Verteilung der Steuereinnahmen zwischen den Gemeinden (horizontale Solidarität) vor allem hinsichtlich des

nicht mehr zeitgemäßen abgestuften Bevölkerungsschlüssels zu führen.

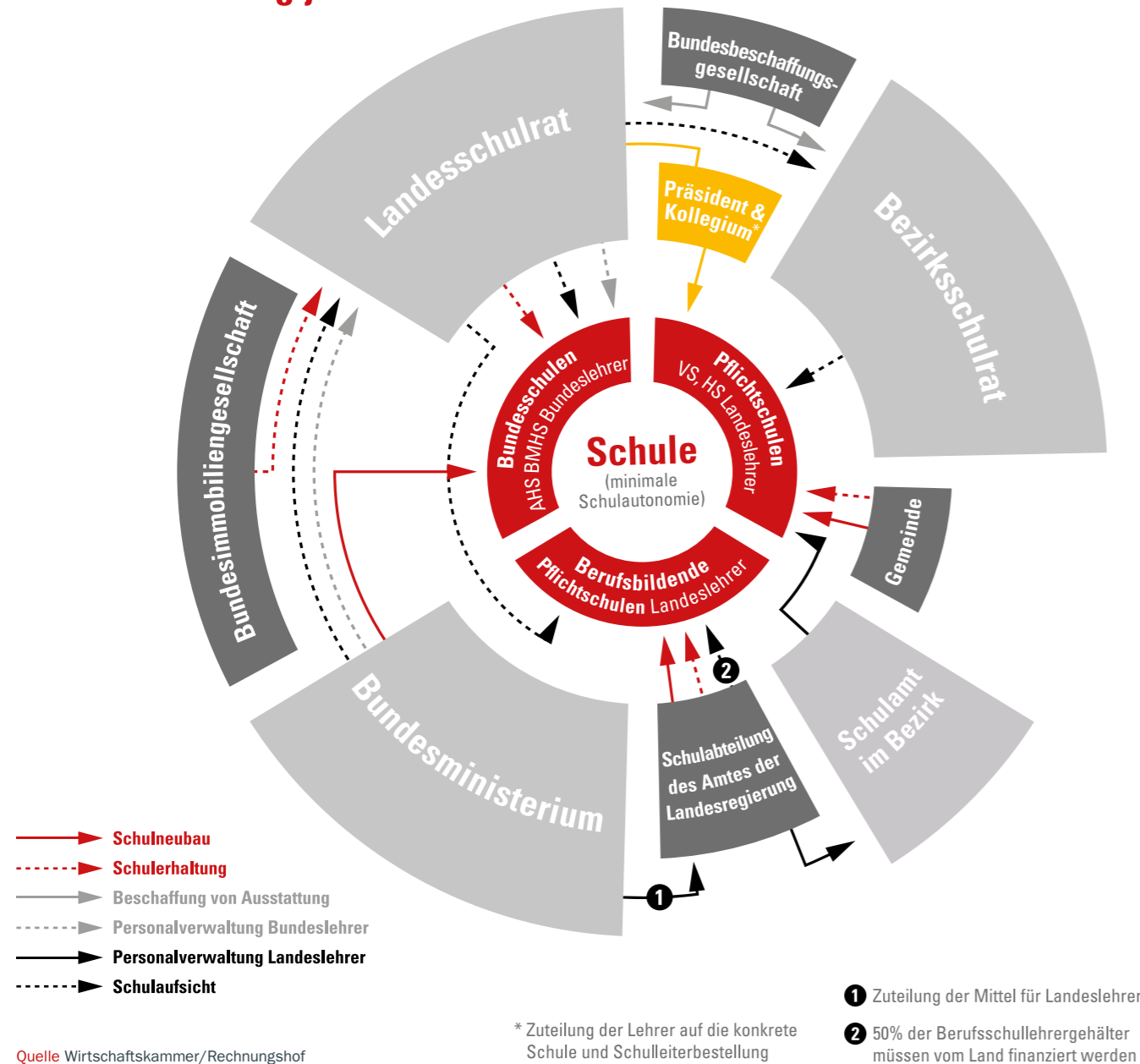
3. Wir werden auch darüber nachdenken müssen, Verteilungsmechanismen einzuführen, die innerhalb der Länder mehr Spielraum für Feineinstellungen vor allem hinsichtlich wirtschaftlich benachteiligter Regionen (Gunst- und Ungunstlagen) zulassen.

Drei Aspekte im Zusammenhang mit einer Neuausrichtung des Finanzausgleiches und den künftigen Handlungs- und Finanzierungsmöglichkeiten der österreichischen Städte und Gemeinden erscheinen mir dabei als zentral:

1. Aufgabenorientierung

In der aktuellen Diskussion wird immer wieder von der Forderung nach einem „aufgabenorientierten Finanzausgleich“ gesprochen, der meiner Meinung nach inhaltlich nicht den Kern der Sache trifft. Aufgabenorientiert heißt nicht, eine lieb gewordene

So funktioniert die Schulverwaltung jetzt



WER SOLL DAS BEZAHLEN? GEDANKEN ZUM FINANZAUSGLEICH

Aufgabe so komplex zu diskutieren, um damit einen erhöhten Anteil aus den gemeinsamen Finanzierungsmitteln zu argumentieren. Vielmehr geht es beim „aufgabenorientierten Finanzausgleich“ um die genaue Festlegung der Pflichtaufgaben oder Basisausgaben, die von allen Gemeinden zu finanzieren sind. Daher ist es eine große Herausforderung, nicht zuerst über das große Geld zu reden, sondern zu definieren, was ist notwendig und was nicht.

Aufgabenorientiert heißt daher: Die Pflichtaufgaben in den Prozessen genau zu analysieren und gleichzeitig zu definieren, auf welcher Ebene unseres Bundesstaates diese am besten erledigt werden können. Erst dann können wir die dafür notwendige Finanzierungsmasse richtig zuteilen. Der derzeitige Kompetenzdschungel konkreter Aufgaben verteilt auf viele Ebenen führt aktuell dazu, dass es sowohl an einer seriösen Bewertung sowie einer nachhal-

tigen Reduzierung der Kosten mangelt. Beispielsweise im Bereich der Kinderbetreuung sind derzeit vier Ministerien, neun Bundesländer und alle Gemeinden mit der Organisation und Finanzierung betraut. Was soll daran kostensparend und effizient sein?

Gemeinden sollten also in erster Linie jene Aufgaben erfüllen, die sie am besten erledigen können (zum Beispiel die Kinderbetreuung). Im Gegenzug könnten die Gemeinden den Bereich des Gesundheitswesens (insbesondere der Krankenanstalten) abgeben.

Die „Verstärkte Aufgabenorientierung“ muss aber auch damit einher gehen, dass der längst überholte abgestufte Bevölkerungsschlüssel abgeschafft und stattdessen die Verteilung der Gemeindeertragsanteile künftig aufgabenorientiert organisiert wird. Die Einwohnerzahl als derzeitiges Verteilungskriterium reicht alleine in Zukunft nicht mehr aus, da zusätzliche Kosten

durch den gesellschaftlichen, demografischen aber auch den topografischen Wandel entstanden sind und nicht mehr alleine über die Volkszahl abgedeckt werden können. Vielmehr gilt es, zusätzliche Indikatoren wie beispielsweise die Altersstruktur der Bevölkerung, Arbeitsplätze, Nüchtingungszahlen, aber auch Straßenlängen künftig verstärkt bei der Aufteilung der Gemeindeertragsanteile heranzuziehen. Dazu gehört auch die Selbstverständlichkeit einer Finanzmasse, um strukturschwachen Regionen zu helfen, dass sie ihre Pflichtaufgaben finanzieren können.

2. Ermächtigung zum Abschluss von Vereinbarungen zur Vertragsfähigkeit nach Artikel 15a B-VG

Neben den ökonomischen Kriterien wird künftig auch zu klären sein, wer für die Erfüllung der Aufgaben die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen schafft, weil diese nicht nur das Angebot, sondern auch die Ausgaben entscheidend mitbestimmen.

men. Den Gemeinden wurden im Rahmen des eigenen oder übertragenen Wirkungsbereiches Angelegenheiten übertragen, um diese zu erledigen, die dazugehörige Gesetzgebungsbefugnis fehlt den Kommunen jedoch. Im Wesentlichen trifft es die Bereiche der Kinderbetreuung, die Schulerhaltung im Pflichtschulbereich sowie Aufgaben im Sozial- und Gesundheitswesen, der Jugendwohlfahrt oder Wahlen. Neben vielen anderen Aufgaben sind diese besonders hervorzuheben, weil die Kosten in diesen Bereichen in den letzten Jahren massiv gestiegen sind, ohne dass es dafür eine entsprechende Mittelanpassung im Finanzausgleich gegeben hat.

Das heißt, die Gemeinden sind für die Erfüllung dieser Aufgaben zuständig, haben aber kaum oder zu wenig Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung, da ihnen die Regelkompetenz fehlt. Deswegen ist auch die derzeitige Praxis für gute tagespolitische Botschaften, die Aufgaben-

verantwortung bei den Städten und Gemeinden zu belassen, und gegebenenfalls die sog. Anschubfinanzierung zu gewähren, für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung unzumutbar. Was wir in den Städten und Kommunen brauchen, sind keine populistischen tagespolitischen Meldungen, sondern nachhaltige Finanzierungsmöglichkeiten für die so wichtigen Aufgaben unserer Gesellschaft.

Daher denke ich, dass wir dort, wo wir zur Leistungserbringung verpflichtet sind, nur dann eigenverantwortlich handeln können, wenn wir auch von verfassungswegen zum Abschluss von konkreten Vereinbarungen mit Bund und Ländern ermächtigt werden. Tagespolitische Anschubfinanzierungen sind unbrauchbar und unverantwortlich.

3. Kritische Anmerkung zur eigenen Finanzierungsautonomie

Der Spielraum der Städte und Gemeinden in ihrer Einnahmen-

gestaltung ist nicht gerade groß. Die Ertragsanteile und die verschiedenen Transfers werden durch den Finanzausgleich bestimmt. Die für die Kommunen so wichtigen und ausschließlichen Gemeindeabgaben – Grundsteuer und Kommunalsteuer – werden ebenfalls vom Bund geregelt und bieten daher keine Gestaltungsmöglichkeiten für Städte und Gemeinden. Die Debatte über die notwendige Neuregelung der Grundsteuer mit dem Bund dauert mittlerweile Jahrzehnte, ist immer noch nicht erledigt und führt zu massiven Einnahmeausfällen, die meines Erachtens verfassungsrechtlich bedenklich sind.

Dazu kommt, dass verschiedene Transferbeziehungen zu den Ländern von diesen festgelegt und geregelt werden. Für die Gemeinden ist der Handlungsspielraum damit begrenzt: Sie müssen die Ausgaben an die Einnahmen anpassen, weil sie von den gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bundes und

WER SOLL DAS BEZAHLEN? GEDANKEN ZUM FINANZAUSGLEICH

der Länder abhängig sind und entsprechend den Vorgaben des Stabilitätspaktes einen ausgeglichenen Haushalt gesamtstaatlich einbringen.

Die österreichischen Gemeinden überweisen an die Länder und die landeseigenen Fonds beachtliche Finanzierungsbeiträge (Sozialausgaben, Krankenanstaltenfinanzierung, Bildungseinrichtungen, Kulturbereich etc.).

Es bestehen zwar deutliche Unterschiede in den einzelnen Bundesländern, aber eine klare Aussage lässt sich treffen: Der Saldo aller Transferzahlungen zwischen den Ländern und Gemeinden verändert sich in den letzten Jahren deutlich zu Lasten der Gemeinden. Die fehlende Regelkompetenz der Gemeinden führt vielfach dazu, dass die gesetzgebenden Körperschaften, dort wo die Einnahmen ausschließlich den Gemeinden zufließen aus politischer Opportunität kein gesteigertes Interesse daran haben, diese

Situation zu verändern. Wenn beispielsweise die Gemeindevertreter dem Landesgesetzgeber über zig Jahre Beschlüsse über Gebührenanpassungen abverhandeln und dann noch lange keine Werthaltigkeit beschlossen wird, ist das für die Finanzierung der Gemeindeaufgaben genauso unverantwortlich wie der Bund über zig Jahre mit dem Thema Grundsteuer umgeht.

4. Gesellschaftspolitische Herausforderungen:

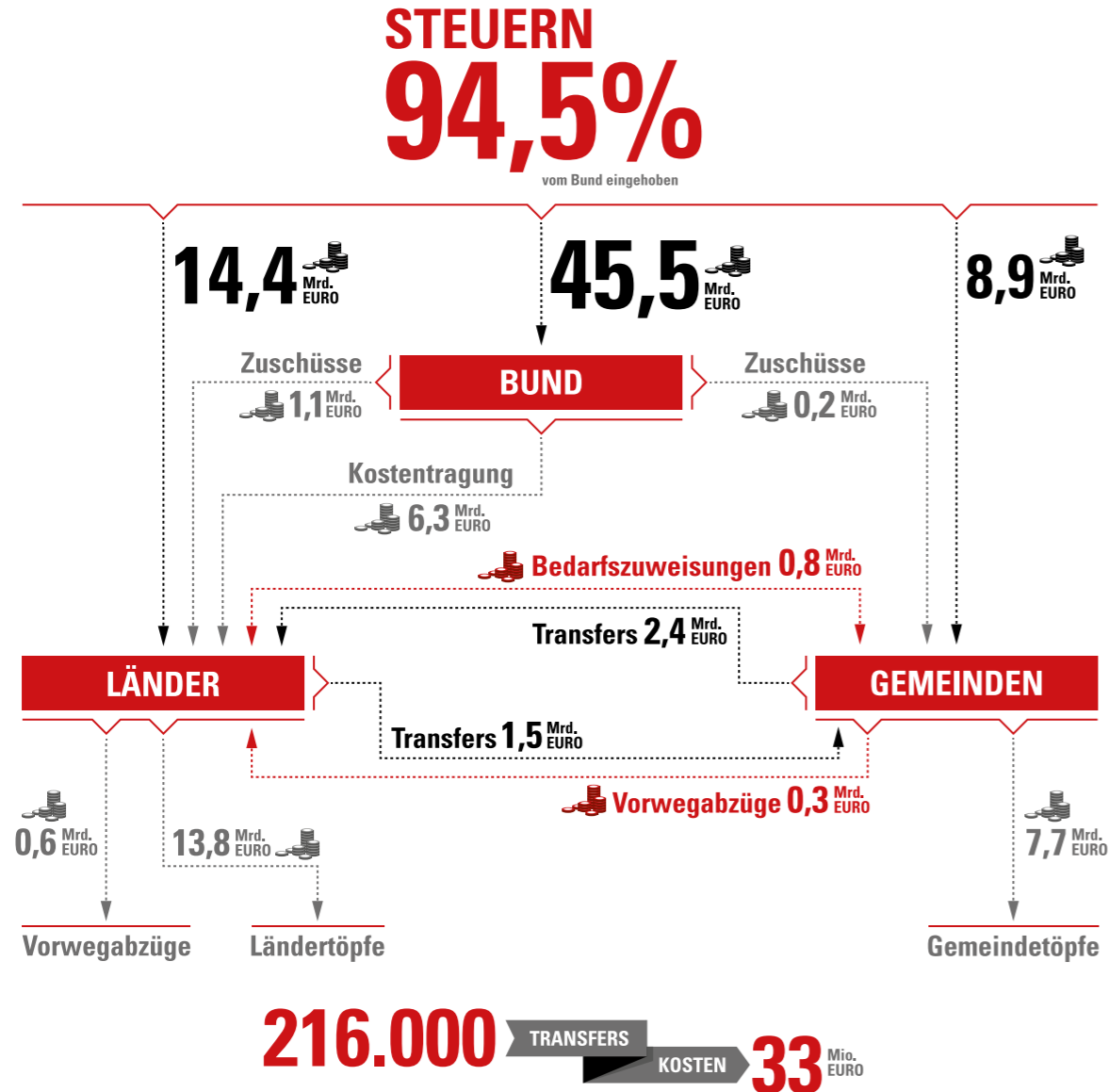
Woher kommen unsere Schulden heute? Wohlfahrt. Wir sind vom Welfare State zum Welfare State gewechselt. Finanzkrisen lassen in Wohlfahrtstaaten die Schulden explodieren. Das System Europa, nach dem Krieg Sozialstaaten aufzubauen, hat deswegen funktioniert, weil das System auf einer Lebenserwartung von knapp unter 70 und nicht von deutlich über 80 Jahren aufgebaut ist. Ein Sozialstaat, der erfolgreich die Lebenserwartung verlängert,

zerstört sich selbst, wenn er nicht seine Rahmenbedingungen verändert. Pleite sein ist wohl am unsozialsten. Unser wohl größter Fehler ist meines Erachtens, dass für den Einzelnen die Daseinsvorsorge von der Daseinsfürsorge nicht mehr unterscheidbar ist. Es ist das „Zuviel“ an Fürsorge und Staat und Patronanz von oben und ein „Zuwenig“ an Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten, den Wandel zu bewältigen – nein zu gestalten – und ihn sogar zum allgemeinen Nutzen voran zu treiben. Und es ist ein tragisches Zuwenig an bürgerlichem Selbstbewusstsein.

Unser gegenwärtiges Problem mit der Arbeit kommt nicht daher, dass uns die Arbeit ausgehen würde, sondern oftmals davon, dass wir nicht schnell genug auf Veränderungen reagieren können. Der Sinn von Arbeit ist nichts anderes, als die Beseitigung von Knappheiten und die Befriedigung von Bedürfnissen. Knappheiten und menschliche

FINANZAUSGLEICH

Verteilung des Steueraufkommens



Quelle: ATV Klartext / Zentrum für Verwaltungsforschung

WER SOLL DAS BEZAHLEN? GEDANKEN ZUM FINANZAUSGLEICH

Bedürfnisse aber gibt es so viele, wie es Wünsche, Menschen, Träume, Vorstellungen und Ideen gibt. Wie immer man die Entwicklung hin von der Existenzsicherung zur Selbstverwirklichung auch sehen mag – sie bedeutet immer auch, dass das, was wir tun, einen Sinn ergibt.

Ich glaube, dass ein grundlegendes Verständnis von Wirtschaft und ökonomischer Basisbildung ein unverzichtbarer Bestandteil der bürgerlichen Rechte ist. Wer nicht weiß, wie Wirtschaft funktioniert, bleibt immer abhängig.

Und die Zivilgesellschaft ist keineswegs eine vage Angelegenheit, sondern etwas ganz Klares: Sie ist, sagt der Ökonom Birger Priddat, „die Rückverlegung der schwierigen Entscheidungen, wie man leben will und soll, an die Einzigen, die das entscheiden können: an die Bürger selbst“.

Dort liegt sie, die Zukunft des Wohlfahrtsstaates: in mehr Subsidiarität, mehr Hilfe zur Selbsthilfe,

und mehr Verantwortung und selbständiger Entscheidung.

Fazit: Keine Reform des Finanzausgleichs ohne Aufgabenreform

Eine grundsätzliche Reform des Finanzausgleiches ist unumgänglich. Ihr muss jedoch eine substantielle Aufgabenreform vorangestellt werden, die nicht nur Kompetenzbereinigungen schafft, sondern auch eine klare Finanzierungsverantwortung sowie eine maßgebliche Entlastung der Gemeinden.

Eine Verpflichtung zur Mitfinanzierung ohne jegliche Möglichkeit der Einflussnahme wie beispielsweise im Sozialbereich muss endgültig aus dem Transfersystem herausgenommen werden, weil dadurch Ineffizienzen entstehen. Für einen ehrlichen „aufgabenorientierten Finanzausgleich“ sind alle Finanzausgleichspartner und Finanzierungsebenen einzubeziehen und sowohl die

horizontale, wie die vertikale Verteilung zu berücksichtigen.

Im Zuge einer Gesamtreform ist es auch notwendig über Verteilungsmechanismen nachzudenken, um Spielraum zur Feinststeuerung beispielsweise im Bereich wirtschaftlich benachteiligter Regionen zu ermöglichen.

Alfred Riedl, 62,
ist Bürgermeister von Grafenwörth (NÖ) und Präsident des NÖ Gemeindevertreterverbandes der ÖVP. Seit 1998 ist er zudem Abgeordneter zum NÖ Landtag, seit 2007 auch Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes.



Barbara Kaufmann
Journalistin und
Filmemacherin

IN KRUMBACH WARTET DIE WELT DAS PROJEKT BUS:STOP UND DIE BUSHÜSLE

Warten in der Stadt bedeutet der Blick geht nach unten. Auf das Smartphone, auf die Gratiszeitung, auf die Wurstsemmel. Selten hebt man den Kopf, betrachtet die Umgebung, mustert die Mitwartenden. Der Blick will wandern, doch sein Weg wird ihm von Häuserwänden versperrt. Abgeriegelt, zugemauert, unbarmherzig verschlossen. Die Weite, das Dahinter, das Andere bleibt ihm verwehrt. Also kreist er in einem engen Radius um den Platz, an dem man steht und wartet. Auf die Straßenbahn, den Bus, die U-Bahn. Um wegzukommen, weiterkommen, anzukommen. Dazwischen wird wieder gewartet. Sitzend, am Gang, ans Fenster gepresst. In der Stadt ist es oft still in den Verkehrsmitteln. Man hätte sich vielleicht etwas zu sagen, man würde sich gerne eine Geschichte erzählen, man traut sich nicht. Die Fahrten gehen schweigend vor sich. Der Blick erholt sich nicht im Inneren der Transportmittel. Er hat es nun gänzlich aufgegeben, umher zu

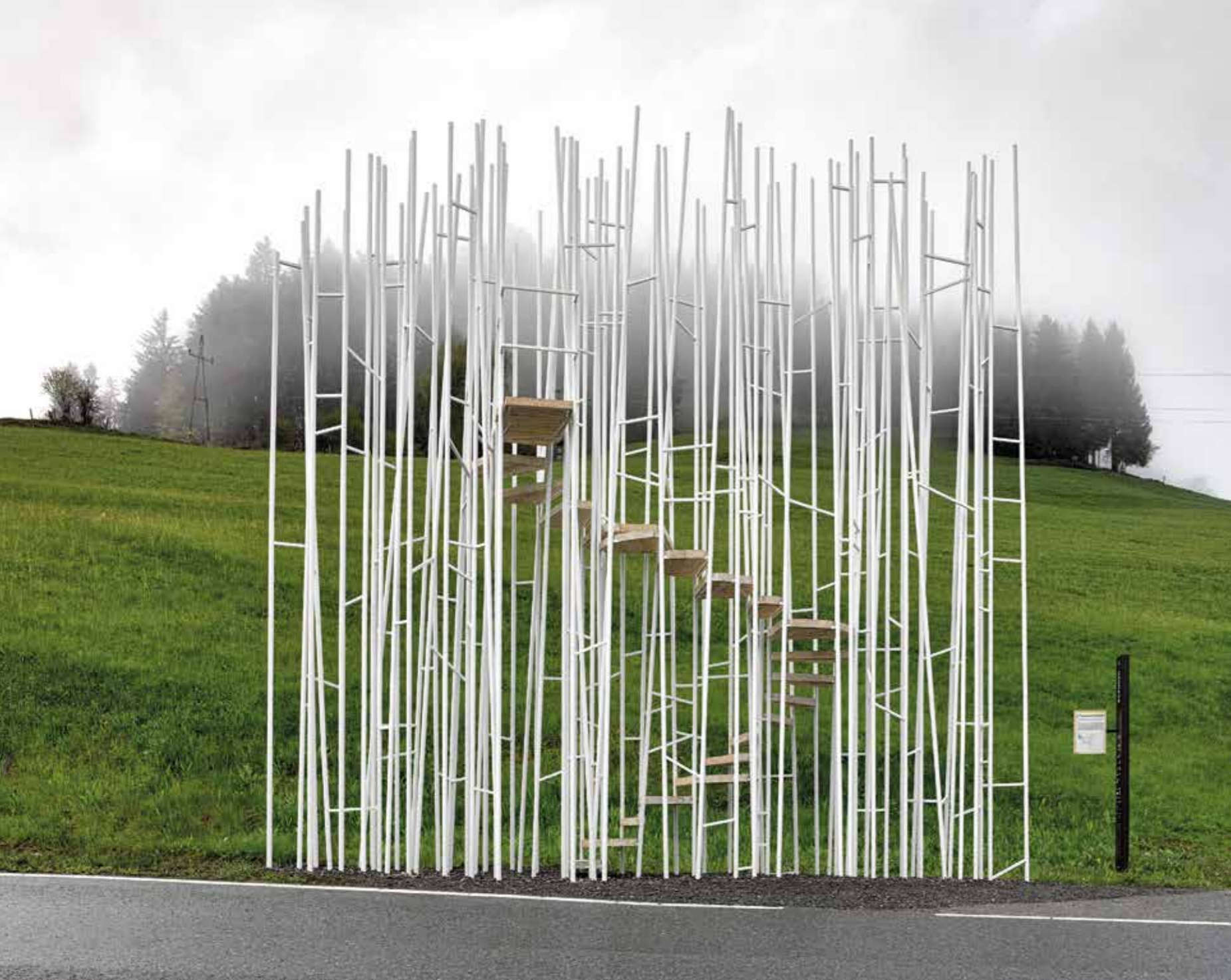
wandern. Handy, Zeitung, Innenleben. Man schließt die Augen.

Warten am Land bedeutet der Blick geht nach Außen. Er kann gar nicht anders. Freie Flächen, Felder, Wiesen. Wolken, Himmel, Bergkuppen. Die Augen verharren einen Moment auf einem schwarzen Punkt in weiter Ferne. Eine Kuh auf der Weide? Ein Bauer am Feld? Ein Junge, der Rad fahren lernt auf der Wiese vor dem Hof? Ungelöste Rätsel. Das müssen sie bleiben, denn Warten am Land kann lange dauern. Da hat man Zeit zu sinnieren, seine Schlüsse zu ziehen, um letztlich wieder alles zu verwerfen. Die Straße hat Geduld. Nur hie und da kommt ein Auto vorbei. Nur selten ein Bus, der im Sommer den Sand von den nahen Feldern aufwirbelt und im Winter knirschend über die dünne Schneedecke und das Glatteis schlittert.

Der Verkehr in der Stadt ist ein Untier, das nie zur Ruhe kommt. Es poltert, es quietscht, es kreischt unentwegt. Es schiebt sich

durch die Strassen, über die Gehwege, auf denen wir unsere Spuren hinterlassen und unter sie hindurch. Blech, Glas, Eisen. Bremsöl, Lichtsignal, Hupe. So kommuniziert der Verkehr mit seinen Teilnehmern. Bitte steigen Sie nicht mehr ein, bitte treten Sie zurück! Stopp, Los, nächster Halt. Ein Rhythmus, dem man sich nicht entziehen kann.

Der Verkehr am Land folgt einem anderen Takt. Er ist behäbig, freundlich, gutmütig. Der Bus kommt, wenn er da ist. Ein kleiner Punkt am Horizont, der sich langsam durch das Tal schlängelt, sich sanft und gemütlich nähert. Das Gefährt passt sich den Ein- und Aussteigenden an. Es steht so lange, bis sie sicher an ihrem Platz sind. Der Busfahrer verabschiedet sich meist persönlich. Mit Winken, Nicken und manchmal findet er sogar Zeit für ein kurzes Gespräch. Der Bus ist kein Fremdkörper von außen, der anonym den Ort durchquert. Er ist ein Teil der Gemeinschaft.



IN KRUMBACH WARTET DIE WELT DAS PROJEKT BUS:STOP UND DIE BUSHÜSLE

Das Warten auf den Bus bedeutet am Land zur Ruhe zu kommen. Ausschnafen. Tief durchatmen. Den Blick schweifen lassen. Eine heimliche Zigarette rauchen. Den geplanten Einkauf im Kopf noch einmal durchgehen. Eine Nachricht an den Liebsten abschicken, der im Nachbarort wartet. Bin da um 15:54h. Die Mitbringsel für die Neffen und Nichten zählen, die in der Umhängetasche baumeln, um niemanden zu vergessen, niemanden zu übergehen. Vier, fünf, und Nummer sechs. Ein Spiel für die Konsole. Busstationen sollen Schutz bieten. Raum, um sich zu setzen. Um auf und ab gehen zu können. Um etwas abstellen zu dürfen. Sie sind mehr als nur ein Aufenthaltsort, ein Platz zum Warten, zum Abfahren und zum Ankommen. Sie sind Aussichtsplattformen, Verstecke. Ausgangspunkte für Reisen. Rastplätze, um in Ruhe die Welt zu betrachten. Sich vorzustellen wie anderswo in einem anderen Land, auf einem anderen Kontinent, und weiter

über den Meeren Menschen auf den Bus warten. Vielleicht mit denselben Gedanken, Hoffnungen und Alltagsorgen.

Im Bregenzer Wald will man mehr als nur die Imagination, die Vorstellung vom Warten der Anderen. Sie soll Gestalt annehmen. Die unterschiedlichsten Rituale, Fantasien und Gedanken beim Warten, sie alle sollen sichtbar werden in der Gemeinde Krumbach. China, Japan, Russland, Norwegen, Belgien, Chile, Spanien. Die ganze Welt soll in Krumbach auf den Bus warten. Also lugt man nicht bloß vorsichtig über den Tellerrand und nähert sich sachte dem Anderen. Man macht aus Tagträumen die Wirklichkeit. Aus einer Idee ein konkretes Projekt, das den Ort prägen und für immer verändern soll.

Am Anfang steht ein kleiner Verein mit wenigen Mitgliedern. Ein Arzt, ein Tischler, eine Schülerin. Kultur Krumbach nennen sie sich. Sie wollen Brauchtum neu

definieren. Weit über Volksmusik, über Zieharmonika und Trachtenmode hinaus. Qualität, Nachhaltigkeit, Achtsamkeit. Ruhe, Entspannung, Naturverbundenheit. Dafür soll die Region stehen. Dafür steht Krumbach für sie. Sie haben eine Vision. Sie wollen ihr Lebensgefühl auf andere übertragen. Spürbar, berührbar, sichtbar machen. Krumbach soll sich öffnen, die Fenster aufmachen und hinaus schauen, weit über die Bergkuppen hinweg, in andere Kulturen. Gastgeber spielen und zugleich Gast sein in anderen Ländern. Eine Reise durch die Welt mit dem lokalen Landbus. Dafür sollen neue Busstationen entstehen. Buswarte hüsle. Sieben an der Zahl. Gebaut werden sollen sie aus den Materialien vor Ort, errichtet werden jedoch nach Entwürfen von Architekten aus aller Welt. Ambitioniert und begeistert macht man sich daran, Architekturbüros in Japan zu kontaktieren, in China und Spanien. Statt horrender Honorare bietet man Elementares:



Leidenschaft, Natur, Hingabe. Die Architekten bekommen Urlaub in der Region geschenkt und Unterstützung beim Umsetzen ihrer Ideen angeboten. Und die ist die tatkräftig. Etliche Gemeindebürger erklären sich bereit, mitzuhelfen. Viele davon ehrenamtlich. Die Begeisterung überträgt sich, steckt an, trägt Früchte. Die ersten Architekten sagen zu. Entwürfe werden präsentiert, Materialien ausgesucht, die Sägewerke angeworfen. Leben auf der Baustelle, heißt es in Folge für den Ort. Die Haltestellen werden zum Gemeinschaftsprojekt, die Baustellen zum Treffpunkt. Alle helfen mit. Stahl, Holz und Beton werden gemeinsam verarbeitet. Ein Ort wächst zusammen rund um sieben Wartehäuser.

Im Mai 2014 werden sie offiziell eröffnet. Bus stop wet day she's there I say „Please share my umbrella“ Bus Stop bus goes she stays love grows under my umbrella. Der Musikverein Krumbach spielt Bus Stop von The Hollies.

IN KRUMBACH WARTET DIE WELT DAS PROJEKT BUS:STOP UND DIE BUSHÜSLE

Die Kinder des Ortes singen ein eigens verfasstes Lied, eine Ode an die sieben Hüsle.

Und so gestaltet sich die Busfahrt für den Weltreisenden zwischen den Kontinenten in Krumbach: Im Süden des Ortes liegt die Station Bränden und mit ihr ein kleines Stück Japan. Filigrane Stahlstangen reichen nach oben. Eng stehen sie nebeneinander wie junge Bäume im Wald, deren Stämme noch dünn sind. Zwischen ihnen führt eine Stiege aus Holz in die Höhe. Sie kommt jedoch nirgends an. Die Stahlstangen stehen frei. Wie zarte Halme in Reisfeldern. Kein Plateau begrenzt sie, kein Dach bietet Schutz. Stattdessen Freiheit, Ungezwungenheit, Offenheit, mit der die Landschaft vor dem Wartenden liegt.

Die Sonnenstrahlen werden vom Stahl zurückgeworfen ohne zu blenden, der Morgentau verfängt sich zwischen den dünnen Stangen. Der weite Blick aufs

Meer, eine Kindheitserinnerung des Architekten Sou Fujimoto, der an den Küsten Hokkaidos aufwächst, er führt hier auf die Wiesen und umliegenden Berge. Die Stahlstangen stören nicht. Sie wippen leicht im Wind so wie die Bäume ringsum im Bregenzer Wald.

Verlässt man das verspielte Ensemble und zieht weiter in Richtung Norden, stößt man auf Entwürfe aus Belgien und Spanien. Unterkrumbach Süd ist schon von Weitem sichtbar, ragt selbstbewusst in den Himmel. Ein spitzes, hohes Dreieck aus Metall, offen in zwei Richtungen, um Unterschlupf zu bieten. Die flämischen Architekten Jan De Vylder, Inge Vinck und Jo Taillieu bringen die Liebe zu Funktionalität und Stil aus Belgien mit. So wie diese Station, so unüberwindbar und doch offen, gastfreundlich, aufnehmend, so sieht das Team die Alpen, so wild und unübersehbar sind sie ihnen begegnet. Und doch erinnert die Konstruktion auch an

die spitzen Dächer der Windräder in den Gemälden des großen flämischen Malers Jan Brueghel. Und während man im Häuschen wartet, direkt unter dem Spitzdach, kann man sich die Flügel der Windmühle vorstellen. Wie sie gemächlich angetrieben vom Wind im Bregenzer Wald ihre Runden ziehen.

Nur ein Stück weiter trifft man auf ein spanisches Wartehäuschen, das nach frischem, feuchtem Holz duftet. Es könnte in einem Pinienwald stehen. Unterkrumbach Nord lautet der Name der Haltestelle. Die Spanier Antón Garcia-Abril und Débora Mesa haben rohe, unbehandelte Eichenbretter aufeinander gestapelt, innen mit Abstufungen, obendrüber ein Dach. Ganz hinten im Bau ein Fenster, auch seitlich geht es hinaus. Man kann hier abends auf den Brettern lümmeln, den Sonnenuntergang betrachten, gemeinsam den Kindern beim Tempelhüpfen zusehen. Das Innere des Baus lädt auch dazu ein, sich zu



IN KRUMBACH WARTET DIE WELT DAS PROJEKT BUS:STOP UND DIE BUSHÜSLE



verkriechen, wegzustehlen vom Alltag, sich zu verstecken und das Leben draußen durch das kleine Fenster zu betrachten. Ein Aussichtsturm inmitten der Pyrenäen und wenn draußen auf der Straße ein Krumbacher vorbeiradelt, könnte es auch ein Fahrer der Tour de France sein, auf dem Weg zum Berganstieg. Vamos, vamos!

Ganz oben, im nördlichsten Teil von Krumbach schließlich steht eine Stube auf der Straße herum. Ausgestattet mit Holzsesseln und einer gläsernen Wand, erinnert die Decke aus schwarzem Beton an die schweren Holzdecken alter Bauernhäuser. Ein gemütlicher Bau, der die Umgebung ebenso sichtbar macht wie die Wartenden.

Der Rückzug aus Natur und Verkehr ist möglich, aber sich entziehen geht nicht. Zu nahe liegen die Wälder, zu eng ist man durch das Glas mit der Umwelt verbunden. Das Design der Station Zwing stammt vom Chilenen

Smiljan Radic. Quadratisch, leicht, offen. Ein Vogelhäuschen in den Anden.

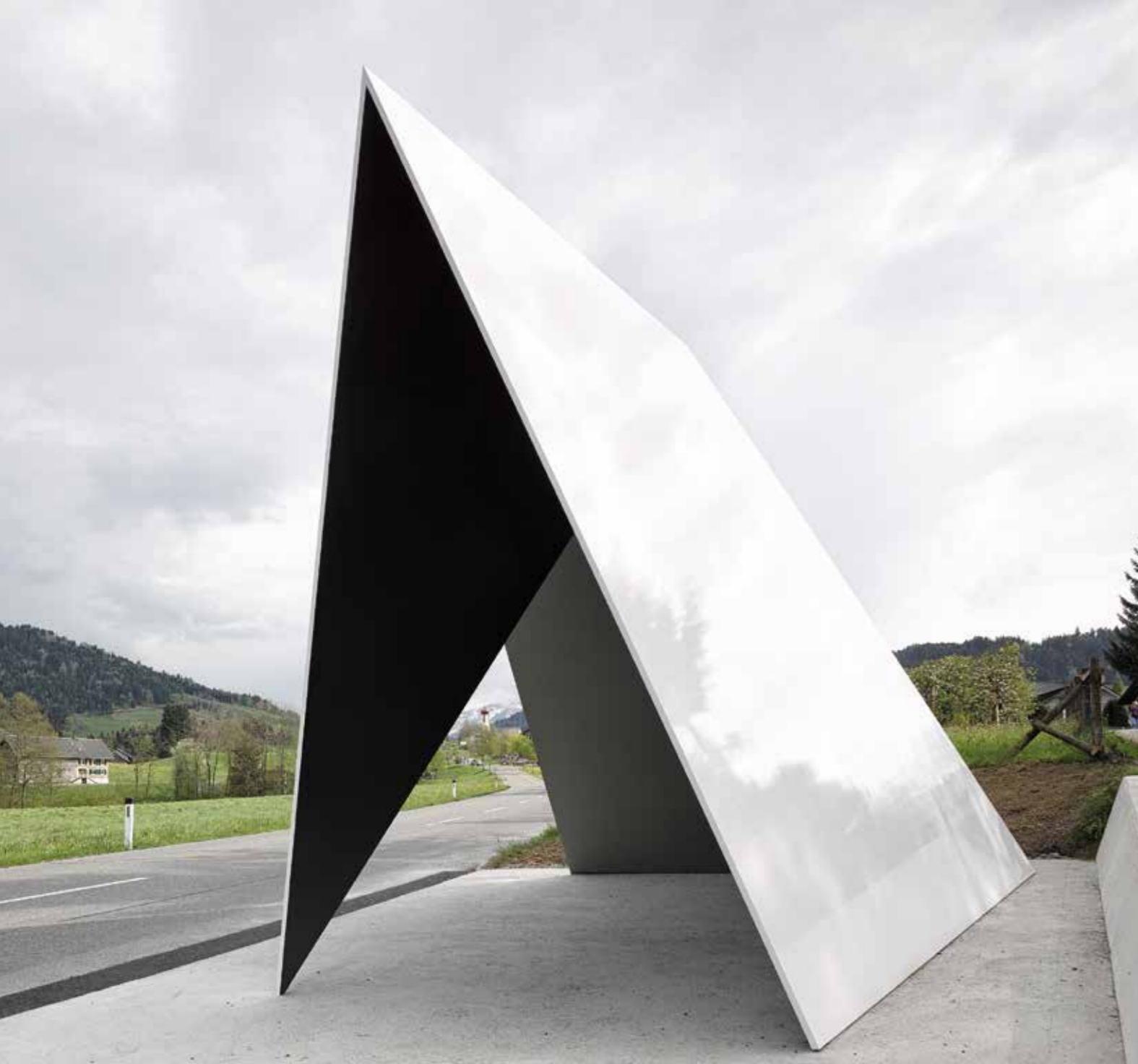
Hält man sich im Ort westlich, erreicht man bei der Station Oberkrumbach einen Hochstand in der russischen Taiga. So könnten sie dort aussehen. Vollholzpfeiler, Glas, dahinter eine Bank, davor ein Tisch, darüber ein Turm mit Aussichtsluken. Dort oben müsste man ausharren, stundenlang und das Wild beobachten, das sich nähert. Wenn es denn näher kommt. Alexander Brodsky aus Russland hat unter Bedingungen gearbeitet, die in seinem Heimatland kaum jemals zum Problem werden könnten.

Er hatte nur wenig Platz für seine Interpretation des Buswartehäuschens. Präzise nutzt er also jeden Quadratzentimeter Grund aus, um seine Vision zu verwirklichen. Und tatsächlich ist sein Haus das gemütlichste, lädt die bequeme Bank doch zum Verweilen ein, zum Sinnieren und Nachdenken, zur melancholischen Sehnsucht

nach der weiten Welt. Und wenn im Hintergrund an einem Sommerabend die Grillen zirpen und eine kühle Brise von den Bergen herweht, könnte man auch auf einer Datscha sitzen, vor sich am Tisch einen frischen Teller Borschtsch.

Fährt man die Straße weiter nach Westen, kommt man zur Station Kressbad. Zweistöckig präsentiert sich das Wartehaus der norwegischen Architekten Sami Rintala, Dagur Eggertsson und Vibeke Jenssen. Es liegt direkt am Tennisplatz des Ortes und verbindet Funktionalität mit mehrfachen Nutzungsmöglichkeiten. Der Wartende kann sich nicht nur ins Vollholzhäuschen vor der Witterung flüchten. Es ist ihm auch möglich, auf der anderen Seite der Station die Konstruktion der Norweger als Tennisribüne zu nutzen. Kompakt, praktisch, skandinavisch. Matchball für Norwegen.

Die letzte Station der Reise führt wieder in ein fernes Land. Glatzeg heißt der Halt auf einer



IN KRUMBACH WARTET DIE WELT DAS PROJEKT BUS:STOP UND DIE BUSHÜSLE



leichten Anhöhe. Von dort aus hat man freie Sicht in alle Himmelsrichtungen. Wang Shu und Lu Wenyu aus China nutzen den malerischen Hintergrund für ihr Wartehäuschen, das zwar überdacht ist, aber dessen Wände aus lose aneinander geordneten Holzbrettern besteht, mit vielen Öffnungen dazwischen. Sodass ihr Haus wie ein Rahmen für die Landschaft wirkt. Am Rand ragt eine Holzskulptur wie ein chinesisches Schriftzeichen in den Himmel empor. Man kann sich auf einer der Bänke niederlassen, sie betrachten und versuchen zu entziffern. Oder einfach nur das Warten genießen.

Warten in Krumbach bedeutet die Welt zu sehen.

Barbara Kaufmann, 37,
ist Journalistin und Filmemacherin in Wien. Sie gestaltet u.a. für Ö1 Radiobeiträge und publiziert regelmäßig auf nzz.at und in der Monatszeitschrift DATUM.



Thomas Trescher
Chef vom Dienst
Monatsmagazin DATUM

DIE ORDNUNG DER DINGE

24.703 Normen regeln, wie wir bauen, wohnen und leben. Sie werden nicht vom Staat erstellt, sondern zumeist von Industrievertretern, während unabhängige Experten aus dem Normierungsprozess gedrängt werden.

Der sechste Dübel kostet den Wiener Steuerzahler 1,3 Millionen Euro. Jedes Jahr wieder. Sechs genormte Dübel werden in der Regel bei der thermischen Sanierung pro Quadratmeter in die Fassade geschlagen, um die Dämmstoffe zur Isolierung anzubringen. Das verlangt die ÖNORM B 6400. Die Stadt Wien forciert die thermische Sanierung von Gebäuden mit Fördergeldern, die allein für das Jahr 2014 mit 50 Millionen Euro veranschlagt waren. Dazu kommen noch die Wohnungen und Liegenschaften, die sie selbst isolieren lässt. Und: Sie hält sich dabei an die Norm. Aber würden fünf Dübel pro Quadratmeter nicht ausreichen? Es würde viel Geld sparen. Eben 1,3 Millionen Euro pro Jahr. Oder bräuchte es nicht

sogar einen siebenten Dübel, sicher ist sicher? Mit Fragen wie diesen muss sich Georg Pommer herumschlagen. Er ist einer von neun Normenmanagern der Stadt Wien, sitzt für die Hauptstadt in den Arbeitsgruppen, die Normen festlegen, und kümmert sich um deren Umsetzung. Mit Pommer in einem Raum sitzen Experten, die wissen sollten, wie viele Dübel es braucht. Aber es sind Experten mit Interessen hinter ihrem Wissen. »Nur noch zehn bis zwölf Prozent in den Komitees sind nicht aus einer Industrieumgebung. Der eine will möglichst viele Dübel verkaufen, der andere möglichst wenig zahlen«, sagt er. Die ÖNORM gilt allgemein als Gütesiegel; genormt, das klingt so wie: sicher. Genau das ist auch die Idee hinter der Normierung. Die Kordel einer Jalousie soll bei einer Belastung von sechs Kilo reißen, damit sich kein Kind damit strangulieren kann. Eine Norm legt fest, wie viel Schwarzpulver ein Knallf-

rosch enthalten soll. Oder eben, wie viele Dübel in der Wand verankert werden. Mit Stand 2013 waren es 24.703 Normen, die die Standards unseres Zusammenlebens setzen. Sie sind so etwas wie die Gesetze der Dinge. Während aber Gesetze der Staat macht, mischt er sich in die Normierung kaum ein. Umgekehrt greift er dafür bei Gesetzen immer wieder auf Normen zurück. Die Geschichte der Normierung beginnt in Österreich im Jahr 1627, als die Größe eines Ziegels festgelegt wurde. Seitdem ist viel passiert. Was zur Norm wird, darüber entscheidet heute das Austrian Standards Institute (ASI), das bis 2009 Österreichisches Normungsinstitut hieß. Es ist keine öffentliche Einrichtung, auch keine wissenschaftliche. Es ist ein privater Verein. 123 Menschen arbeiten dort in 275 Fachkomitees; insgesamt wirkten laut ASI im Jahr 2012 rund 6.000 Personen an der Normenerstellung mit. Im selben Jahr wurde es mit rund 1,5 Millionen



Rainer Brunbauer
Absolvent der FH
für Journalismus in Wien

DIE ORDNUNG DER DINGE

Euro von Wirtschaftsministerium, Sozialministerium und Wirtschaftskammer gefördert, das entspricht aber lediglich 16 Prozent der Einnahmen. Um die weitere Finanzierung muss sich das Institut selbst kümmern; und die staatlichen Subventionen werden Jahr für Jahr weiter zurückgefahren.

Grundsätzlich ist jeder berechtigt, beim ASI einen Vorschlag für eine Norm einzubringen, dieser Vorschlag wird von einem der Mitarbeiter geprüft. Wird er angenommen, beginnt der Normierungsprozess. Das ist der Punkt, an dem die Probleme beginnen. Ein vom ASI ausgewählter Komiteemanager lädt Fachleute aus dem spezifischen Bereich in sein Komitee, das daraufhin die Arbeit aufnimmt und eine Norm formuliert. Zum Beispiel: »Es sind mindestens sechs Dübel pro Quadratmeter mit einem Dübeltellerdurchmesser von mindestens 60 Millimetern zu setzen.«

Es muss kein Normenmanager wie Georg Pommer im Komitee

sitzen, und oft ist auch kein Vertreter der öffentlichen Hand dort. Diese Komitees werden vor allem von »starken Gruppen, seien es Konzerne oder Unternehmensverbände«, beschickt, sagt der Vergaberechtler Matthias Öhler. So, wie jeder das Recht hat, Vorschläge einzubringen, darf auch jeder Stellungnahmen zu von den Komitees vorgeschlagenen Normierungen einbringen – die berücksichtigt werden können, aber nicht müssen. Überwiegend bestimmen Industrievertreter die Normen, und seit Anfang des Jahres hat sich die Situation noch einmal verschärft.

Denn seit 1. Jänner 2014 kostet es Geld, an der Normung teilzunehmen. 450 Euro pro Jahr. Die Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten zog ihre Experten daraufhin aus dem Normierungsprozess zurück; auch alle technischen Universitäten des Landes empfahlen ihren Wissenschaftlern, nicht mehr an Normen mitzuarbeiten.

Insgesamt kündigte ein Drittel der externen Fachleute seine Mitarbeit an den Normen auf. Die Normierung ist jetzt nicht mehr nur in einer Schiefelage Richtung Industrie, sie ist gekippt. In den Komitees sitzt, wer es sich leisten kann und will. Frei nach Frank Stronach: Wer das Gold hat, macht die Norm. Oder, wie es Matthias Öhler ausdrückt: »Die Normierung, wie sie derzeit in Österreich abläuft, höhlt ein Stück weit die Demokratie aus.« Dass der Staat die Normierung auslagert, sei an sich eine gute Idee, sagt er – und europaweit auch üblich: »Weil der Nationalrat nicht dafür da ist, sehr spezifische, hoch technische Sachverhalte zu regeln.«

Aber spätestens seit das ASI Gebühren für die Teilnahme an der Normierung einhebt und deshalb Experten ihre Arbeit aufkündigen, sei die Normierung zum »rechtsstaatlichen Problem« geworden. »Ich glaube, dass es einen extrem starken Druck mächtiger Gruppen gibt.



DIN-A4 ist eine der bekanntesten Normen

In meiner anwaltlichen Tätigkeit begegne ich immer wieder Fällen, bei denen es erstaunlich ist, wie stark vonseiten bestimmter großer Player Normungsinhalte vorgegeben werden«, sagt Öhler. Elisabeth Stampfl-Blaha sieht das naturgemäß ganz anders, das ist ihr Job. »Es gibt Missverständnisse«, sagt die Direktorin des ASI als Allererstes. Sie sitzt in einem Büro im siebenten Stock mit Blick über den Wiener Prater, auf dem Gang plätschern mannshohe Zimmerbrunnen, und die Besprechungsräume tragen Namen wie »Orchidee«, »Aquarium« und »Oase«. In der Oase möchte Stampfl-Blaha diese Missverständnisse ausräumen. Das erste: »Wir sind kein Amt und keine Behörde.« Das zweite: dass Normen verbindlich seien. »Sie sind sehr qualifizierte Empfehlungen, aber keine Gesetze«, sagt sie. Wer nur vier Dübel einschlagen will, soll das eben tun. Aber die Mine ihres Kugelschreibers ist nach ISO 12757 genormt, der Sessel entspricht ÖNORM EN 581-2,

und die Unterlagen vor ihr sind im DIN-A4-Format, einer der bekanntesten Normen. Wer sich nicht an die Norm hält, wird kein Papier verkaufen, weil es nicht in den Drucker passt. Abgesehen davon wäre die Idee hinter einer Norm: dass sie von Experten erstellt wird und dass sich der Laie auf sie verlassen kann. Nicht umsonst gibt es im Internet einen Dübelrechner, der die Zahl der Dübel ausspuckt, die nach der ÖNORM für bestimmte Bauvorhaben gebraucht werden. Sollte es zu einem Gerichtsverfahren kommen, weil sich die gedübelten Dämmplatten lösen und jemandem auf den Kopf fallen, sagt auch Stampfl-Blaha, »wird der Richter natürlich einen Sachverständigen holen, und der wird zunächst schauen: Was steht in den Normen?« Sie setzen, sagt die ASI-Direktorin, »einen relevanten Standard, damit geben sie auch Rechtssicherheit«. Sie sind keine Gesetze, setzen aber vor Gericht Maßstäbe. Dazu kommt, dass die Produkte bei öffentlichen

DIE ORDNUNG DER DINGE

Ausschreibungen der ÖNORM entsprechen müssen. Wer für die Stadt Wien thermisch saniert will, muss sechs Dübel einschlagen, nicht fünf. Und nicht zuletzt gibt es da noch Paragraf 5 des Normierungsgesetzes aus dem Jahr 1971, der aus einem einzigen Satz mit weitreichenden Konsequenzen besteht: »ÖNORMEN können durch Gesetze oder Verordnungen zur Gänze oder teilweise für verbindlich erklärt werden.«

Bei rund fünf Prozent aller Normen – also immerhin ungefähr 1.250 – ist genau das passiert. Ob »Brandschutztechnische Maßnahmen bei Schachtzugängen von Aufzügen« (ÖNORM B 2473), »Standortgefertigte prismatische Behälter aus Stahl für oberirdische Lagerung von Flüssigkeiten« (ÖNORM C 2117) oder die »Aufstellung ortsfester Druckbehälter zum Lagern von Gasen« (ÖNORM M 7323), sie alle wurden zu Gesetzen. »Eine obligatorische Teilnahme der öffentlichen Hand an den

Komitees wäre wünschenswert«, sagt deshalb Normenmanager Pommer. »Dadurch würde das öffentliche Interesse gewahrt.« Denn es werden nicht nur Normen zu Gesetzestexten gemacht, an deren Entstehung der Gesetzgeber nicht beteiligt war; der Bürger weiß oft auch gar nicht, wer die Normen formuliert und beschlossen hat, an die er sich halten muss. Die Besetzung der Komitees ist nicht öffentlich. Seit Jahresbeginn sollte bei jedem Projekt immerhin der Name der Organisation oder Firma veröffentlicht werden, die einen Vertreter in das Komitee entsandt hat, aber auch das wurde noch nicht umgesetzt. »Wir mussten da aus Datenschutzgründen noch die Zustimmung der teilnehmenden Personen und Organisationen einholen«, sagt Stampfl-Blaha, spätestens Ende November soll es so weit sein.

Dazu kommt: Eine Norm – auch wenn sie Gesetz wurde – ist nicht frei zugänglich, es gibt kei-

ne freie ÖNORMEN-Datenbank im Internet. Normen sind im ASI oder an einer zentralen Stelle in jedem Bundesland – in Tirol zum Beispiel am Landesamt in Innsbruck – einsehbar, dürfen dort aber nicht vervielfältigt werden. Wer wissen will, was Gesetz ist, muss de facto dafür zahlen, bis zu mehrere hundert Euro pro Norm. Denn die Norm wird in den Gesetzestexten nicht immer ausgeführt, es wird oft nur auf sie verwiesen. »Das ist mit dem Rechtsstaatsprinzip schlicht und einfach unvereinbar«, sagt Vergabeberechtl. Öhler. »Recht, das gilt, muss man kostenlos einsehen können.« Da geht es nicht nur ums Prinzip, es geht vielmehr um die praktische Anwendung: »Es kann nicht sein, dass ich mir Normen kaufen muss, wenn ich die Bauordnung erfüllen will«, sagt Georg Pommer.

Es ist auch nicht mit ein oder zwei Normen getan, die man sich kaufen müsste. »Wir ertrinken im Normenwerk«, sagt Christian Auling, Architekt und



DIE ORDNUNG DER DINGE

Standesvertreter in der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten, die Anfang des Jahres die Zusammenarbeit mit dem ASI eingestellt hat.

»Wenn ich ein riesiges Flugzeug mit zwei Millionen Knöpfen im Cockpit habe und die Piloten nicht wissen, welcher Knopf wofür ist, habe ich ein Problem. Dort stehen wir jetzt.« Nicht weniger als 6.000 Normen gibt es im Bauwesen. Je mehr Normen, desto unübersichtlicher, aber auch: desto teurer. Nicht nur für jene, die bauen, sondern auch für jene, die bauen lassen.

»Wenn Sie prüfen wollen, ob ein Auftrag normgerecht ausgeführt wurde, müssen Sie erst einmal herausfinden, was in der Norm steht. Das kostet Sie ordentlich etwas«, sagt Aulinger. Das System funktioniere ganz einfach nicht mehr. »Es wurde völlig verabsäumt, die Frage zu stellen: Ab wann ist das System überlastet?«, sagt er. »Es gibt ganz groteske Auswüchse. Wir haben zum Beispiel eine gute,

solide Norm für Dachdecker. Aber dann habe ich eine eigene nur für die Schneefänge und eine andere nur für die Sicherheitseinrichtungen am Dach.« Er glaubt, dass es möglich wäre, auf 1.000 Baunormen herunterzukommen, »indem man vor allem Normen zusammenführt, die ohnehin zusammengehören«. Und dass damit die Baukosten um zehn bis 15 Prozent gesenkt werden könnten.

Während es 1999 insgesamt rund 10.000 Normen gab, sind es 15 Jahre später weit mehr als doppelt so viele – es sind nicht nur die Normen im Baubereich, die explodieren. »Wir müssen Österreich im europäischen, wenn nicht sogar weltweiten Zusammenhang sehen«, sagt ASI-Direktorin Stampfl-Blaha. Denn die Normen sind zwar mehr geworden, die meisten von ihnen gelten aber auch über Österreich hinaus. Und rund 90 Prozent der neuen Normen sind europäischen oder internationalen Ursprungs. Das

Europäische Komitee für Normung (CEN), die ISO und andere internationale Gremien geben jetzt den Ton an; sie werden von nationalen Normeninstituten besetzt. Die daraus resultierenden europäischen Normen werden in Österreich vom ASI beispielsweise als »ÖNORM EN« umgesetzt und ersetzen rein nationale Empfehlungen.

Das ist gut für Produzenten, die in andere Länder exportieren, heimischen Architekten bringt es nichts. Und das ASI ist selbst auch gar nicht bemächtigt, das Normenwesen neu aufzustellen, es muss sich an das Normengesetz halten, das seit 43 Jahren nicht novelliert wurde. »Das Normengesetz ist ungefähr so, als würde ich dem ÖAMTC die Straßenverkehrsordnung übergeben«, sagt Architekten-Standesvertreter Aulinger. Natürlich habe das ASI Interesse an möglichst vielen Normen, die Nutzer kaufen müssen und die es damit auch finanzieren. Um bei Aulingers Beispiel zu bleiben:

»Dann darf ich mich auch nicht wundern, wenn ich am Burgring Tempo 100 als Mindestgeschwindigkeit habe.«

Grundsätzlich sei es schon möglich, beim ASI einen Antrag auf Redimensionierung des Normenwerks zu stellen, nur:

»Wer soll das machen? Ich? Die gesamte Planerschaft? Der Staat?« Das ganze Normierungswesen, sagt Aulinger, brauche einen Neustart. »Unsere Analyse ist, dass die Rahmenbedingungen, innerhalb derer Normen bei uns erstellt werden, nicht mehr zeitgemäß sind.« Deshalb richtet sich seine Kritik auch nicht an das ASI. »Ich kann mit dem ASI nicht die Rahmenbedingungen verhandeln, unter denen es arbeitet. Mein Ansprechpartner ist die Politik und alle, die von Normen betroffen sind.« Die Regierung hat im Juni diesen Jahres nun tatsächlich einen Entwurf für ein neues Normengesetz in Begutachtung geschickt, der viele Kritikpunkte aufgreift: Die Jahresgebühr von

450 Euro soll entfallen, auch eine stärkere Kontrolle seitens der öffentlichen Hand ist geplant. Auch solche Normen, die gesetzlich verbindlich sind, sollen in Zukunft kostenlos einsehbar sein. Ob und wann der Entwurf beschlossen wird, ist bislang nicht bekannt.

Thomas Trescher, 35, ist Chef vom Dienst beim Monatsmagazin *DATUM*, außerdem schreibt er unter anderem für *Terra Mater* und die *Wiener Zeitung*. Im Februar 2016 veröffentlicht er im *Anton-Pustet-Verlag* den *Kleinen Wiener Museumsführer über skurrile Museen in der Hauptstadt*.

Rainer Brunauer, 26, ist Absolvent der FH für Journalismus in Wien. Er schrieb bislang unter anderem für *DATUM* und die *Salzburger Volkszeitung*.



Stefan Schmuckenschlager
Bürgermeister
Stadt Klosterneuburg

DIE GRENZEN DER BÜRGERBETEILIGUNG

Es gab bestimmt schon bessere Tage, seitdem ich Bürgermeister bin, als diesen Sonntag im Dezember. In meiner Heimatstadt Klosterneuburg fand am 01. 12. 2013 die erste Volksbefragung der Stadtgeschichte statt. Es war eine erzwungene Volksbefragung. Zustandekommen durch die Einreichung von ca. zehn Prozent der Wählerstimmen, die sich für die Abhaltung aussprachen. (Laut NÖ Gemeindeordnung § 16b muss der Gemeinderat eine Volksbefragung anordnen, wenn mehr als 10% der Wahlberechtigten einen diesbezüglichen Initiativantrag unterstützen.)

Es waren mehrere Punkte über die befunden wurde: ein Golfplatz, zwei Widmungsänderungen für Bauland an Hauptstraßen und der Neubau eines Feuerwehrhauses. Dem Entscheidungstag gingen heftige Kontroversen voraus. Es gab sogar einen Streit über die Art und Weise der Fragestellung. Da sich die Stadtführung nicht

mit der Bürgerinitiative einigen konnte, gab es plötzlich zwei Stimmzettel: Einen für die erzwungene Befragung und einen für eine angeordnete Volksbefragung. (Dies ist in der NÖ Gemeindeordnung unter § 63 Anordnung einer Volksbefragung geregelt. So kann der Gemeinderat über Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches, ausgenommen über individuelle Verwaltungsakte und überwiegend abgabenrechtliche Angelegenheiten, eine Befragung der wahlberechtigten Gemeindeglieder anordnen.)

Leider trug das stärker zur Verwirrung bei als zu einer Objektivierung. Das Ergebnis war für mich als Befürworter der Projekte ernüchternd: Eine durchaus hohe Wahlbeteiligung von 40 % (im Vergleich dazu: Beteiligung Gemeinderatswahl 2015: 50,9 %), alle Projekte bis auf das neue Feuerwehrhaus wurden deutlich abgelehnt und dieser eine Punkt wurde nur mit

hauchdünner Mehrheit positiv entschieden.

Der Gemeinderat akzeptierte das Ergebnis vollinhaltlich, obwohl es für jeden Punkt eine Mehrheit im Gemeinderat gegeben hätte. Der direkte Bürgerwille siegte über die Politik der Mehrheit der politischen Repräsentanten, aber war es wirklich ein Sieg?

Seither beschäftigt mich die Frage der Sinnhaftigkeit von Volksabstimmungen oder -befragungen noch mehr als früher. Es beruhigt mich, dabei nicht alleine zu sein. So schrieb der ehemalige Bundespräsident und Altbundesrat des Heimatlandes der direkten Demokratie, der Schweiz, Moritz Leuenberger:

„Ich habe in meiner Amtszeit kein besseres politisches System kennengelernt als unsere direkte Demokratie. Ich habe aber auch kein anspruchsvolleres System kennengelernt.“



DIE GRENZEN DER BÜRGERBETEILIGUNG

Dem kann ich nur voll zustimmen. In unserem Fall in Klosterneuburg entschieden, und das muss nicht negativ oder positiv gesehen werden, die Emotion. Vermutlich entscheidet meistens die Emotion, der aktuelle Eindruck des Volkes ist entscheidend. Das birgt große Gefahren, denn so Leuenberger weiter:

„Von der realpolitischen Einschätzung zum Opportunismus ist es ein kurzer Weg, den die inflationären Meinungsumfragen zusätzlich ebnen.“

Dadurch entsteht auf Politiker ein eigenartiger Druck, der sie zumeist zur Meinungslosigkeit treibt. Lieber keine Meinung, als die der Minderheit lautet das Motto. Die Verurteilung durch die Medien ist gewiss, und niemand möchte für eine Sachfrage seinen Kopf bzw. sein Amt riskieren. Damit ebnet sich der Opportunismus seinen Weg direkt in die Entscheidungsgremien und lähmt den politischen Betrieb. Wie oft bekommt man Aussagen

wie: „Die entscheiden ja nie“, „Es werden zu wenig Ergebnisse geliefert.“ etc., zu hören?

Alleine die mühevollte Debatte zur Unterbringung von Kriegsflüchtlingen in Österreich zeigt, wie weit diese Entwicklung bereits gekommen ist. Starr vor der negativen Reaktion der scheinbaren Mehrheit, angeführt von lautstarken und energischen Wortführern, macht man lieber nichts, denn die Mehrheit will das ja so. Ethik hin oder her. Dass die Politiker die starken Wortführer sein sollten, vergessen wir und verstecken uns lieber in der wärmenden Hoffnung, der Mehrheit Recht getan zu haben. Wenn die Politiker keine Meinung artikulieren und vertreten, dann ist auf jeden Fall eine Grenze der Bürgerbeteiligung erreicht. Nachdem ich selbst bis auf einen Punkt in allen Punkten der Volksbefragung im Dezember 2013 unterlegen bin, war die erste Journalistenfrage: „Nehmen sie jetzt den Hut?“ Ich sagte: „Nein,

denn dann fände nie wieder eine Befragung statt!“ So ist es auch. Würde man immer das politische Personal wechseln, auch in „Härtefällen“, führte sich das System ad absurdum. Jede Sachabstimmung wird mit Köpfen verbunden und verliert dann sofort den Bezug zur Rationalität. „The king can do no wrong“ ist ein Leitspruch, der nicht mehr in unsere Zeit passt. Es gab nie und es gibt nie einen unfehlbaren Monarchen. Diesen zu imitieren verbessert weder die Realität noch würde es unsere Demokratie entwickeln. Selbst der Schweizer Leuenberger sagt:

„Jede Demokratie muss sich ändern, sonst verkommt sie zum leblosen Ritual.“

Und so haben sich die westlichen Demokratien seit ihrem Entstehen sehr stark gewandelt. Zwei große Denker der politischen Ideengeschichte zeichnen den Weg zwischen repräsentativer und direkter Demokratie gut auf:

DIE GRENZEN DER BÜRGERBETEILIGUNG

Jean Jaques Rousseau schrieb:

„Zwischen dem Starken und dem Schwachen ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.“

und stellt sich damit auf die Seite einer starken Volksvertretung, die auch den Schwachen in der Gesellschaft eine Stimme gibt.

Alexis de Tocqueville sagte wiederum,

dass die Demokratie dann am besten funktioniert, wenn die Zivilgesellschaft aktiv ist.

Es braucht beide Einflüsse, ein Zusammenspiel und es braucht Politiker wie Aktivisten, die Abstimmungen und Befragungen mit Fingerspitzengefühl begleiten, ohne daraus Machtspielchen am laufenden Band aus wahltaktischen Gründen auszutragen.

Es wird auch nicht ausreichen eine neue Staatsform mit der

technischen Hilfe von Facebook und Google zu begründen.

Natürlich wird unser Leben von den großen Konzernen geprägt, die über die digitalen modernen Kommunikationszentren wachen. Sie erkennen vielleicht sogar früher eine Bewegung durch Algorithmen, als Petitionen in die Parlamente gelangen. Aber die Meinungsbildung ist nicht generierbar. Sie muss ein eigenständiger und individueller Prozess sein.

Social Media kann radikalieren und durch ungeprüfte Übernahme von Inhalten zu einer Verbreitung von Halbwahrheiten und Gerüchten der übelsten Sorte mit einer nie gekannten Ausbreitungsgeschwindigkeit sorgen. Dagegen anzukämpfen ist nicht leicht. Denn alles Staatliche ist ja dem Verdacht ausgesetzt, durch die Obrigkeit gesteuert zu sein – damit gibt es keine Gleichheit der Meinungsführer, wie es die Demokratie fordert, und das Wechselspiel zwischen

Parlament – Volk – Regierung funktioniert nicht mehr. Daher empfinde ich die Anwendung von Social Media bei politischen Entscheidungen als sehr entbehrlich und erkenne eine weitere Grenze der Bürgerbeteiligung.

Der Internet-Aktivist hat keine Folgen zu befürchten, weder kann er abgewählt werden, noch für seine Taten, die er auslösen kann, zur Verantwortung gezogen werden. Eine Einbindung in die Entscheidung bedeutet, den Kommentator der Regierungspolitik an ihre Spitze zu setzen. Das funktioniert nicht.

Eine weitere Grenze der Bürgerbeteiligung liegt auch in dem Schüren falscher Hoffnungen. Der Glaube, mit jeder Unterschriftenliste Projekte schnell zu verhindern, egal wie und wo, muss entkräftet werden. Er führt nur zu der aussichtslosen und gefährlichen Hoffnung, durch Masse Rationelles zu verhindern. Kommt es dann dem Lauf der Dinge entsprechend doch zur

Umsetzung, führt dies zur enttäuschenden Feststellung „die da oben machen ja doch, was sie wollen“. Politiker müssen bei jeder Unterschriftenliste auf diese Sackgasse hinweisen.

Die beschriebenen Probleme sind nicht neu. Sie kehren immer wieder in der Debatte über die richtige bzw. die beste Form der Demokratie. An den Ergebnissen dieser Debatten und anhand historischer Belege können wir auch in Zukunft unser demokratisches Staatswesen weiterbauen.

Laut Verfassungsrechtsexperten Manfred Welan findet sich die „schönste“ Bestimmung der Rechtsordnung im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch von 1811:

„Jeder Mensch hat angeborene, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte“.

Diese Rechte müssen wir im Alltag wahren und zur Durchsetzung

in unseren Systemen verhelfen. Denn selbst das Urbeispiel für Auflehnung und die Durchsetzung des Volkswillens, die Französische Revolution, birgt ein interessantes Geheimnis. Als in der Volksversammlung beschlossen wurde, König Ludwig XVI. einen öffentlichen Prozess zu machen, stellten die Girondisten den Antrag, eine Volksabstimmung über das Schicksal des Königs abzuhalten. Dies ist aber am Widerstand Robespierres und seiner Anhänger gescheitert. Es darf angenommen werden, dass sich das Volk, in dessen Namen sie ihre großen Reden hielten, von ihnen nicht repräsentiert fühlte.

Die sogenannten Wortführer von Initiativen eignen sich vorschnell den Alleinvertretungsanspruch an und vergessen in atemberaubender Geschwindigkeit diese Verantwortung, sobald sie selbst Teil des repräsentativen Modells sind. Zahlreiche Parteien und politische Listen belegen diese Entwicklung auch in der Neuzeit.

Dabei können Bürgerbeteiligung und die Instrumente der direkten Demokratie helfen, eine höhere Akzeptanz der Politik im Allgemeinen zu erzielen.

Die Gefahren sind aber einzudämmen. Sich an die Spitze von Volksbewegungen zu stellen ist eine große Verlockung und die gewonnene Position wurde immer wieder negativ ausgenutzt.

Es muss eine klare Aufteilung der Verantwortung geben. Wer nur Volksbewegungen nach dem Mund redet, ohne eine eigene Meinung einzubringen, wird wie Pilatus seine Hände erfolglos in Unschuld waschen.

Stefan Schmuckenschlager,
36, ist seit 2009 Bürgermeister der niederösterreichischen Stadt Klosterneuburg.



Simon Schnetzer
Deutscher Jugend-
und Aktionsforscher

JUGENDBETEILIGUNG IN DER GEMEINDE

Was junge Leute am meisten vermissen würden, wenn es morgen kein Internet mehr gäbe: Facebook & Co. und ihre vielen „Freunde“. Früher musste man aus dem Haus gehen, um sich mit Freunden zu unterhalten. Heute „streamen“ Jugendliche von ihrem Kinderzimmer aus und teilen sich der Welt mit. Lena zum Beispiel ist 13 Jahre alt und findet es einfach voll cool, nachmittags zwei Stunden lang auf „You Now“ von sich selbst zu erzählen, Leute, die kommentieren, zu grüßen und deren Fragen zu beantworten. Über 240 Leute verfolgen ihren Stream live und sie nennt es „Party“.

Auch der Bürgermeister in Lena's Gemeinde könnte an ihrer Party teilnehmen – aber er tut es nicht. Genauso wenig wie Lena sich in der Jugendgruppe der Partei des Bürgermeisters engagiert. Wie viele Freunde und „Follower“ man hat, ist längst zur Coolness-Währung auf dem Schulhof

geworden. Engagement in Parteien dagegen gilt in der Regel als eher uncool.

Vor ein paar Jahren hörte man junge Leute noch sagen, dass das was im Internet passiert ja nicht „Real Life“ sei, also mit dem wirklichen Leben nichts zu tun habe. Das kann man heute nicht mehr sagen – weder für die Aktivitäten in sozialen Netzwerken, noch für politische Beteiligung. Das Internet kann das Real Life nicht ersetzen – es ist aber ein elementarer Bestandteil davon geworden, für Jugendliche, politische Beteiligung und das Leben in Gemeinden.

Jugendbeteiligung! Wie bitte?

Aus politischer Sicht drückt das Wort „Jugendbeteiligung“ den Wunsch aus, dass sich junge Leute mit den Zielen einer Gemeinschaft identifizieren und zu deren Erreichung beitragen sollen. Für Jugend-

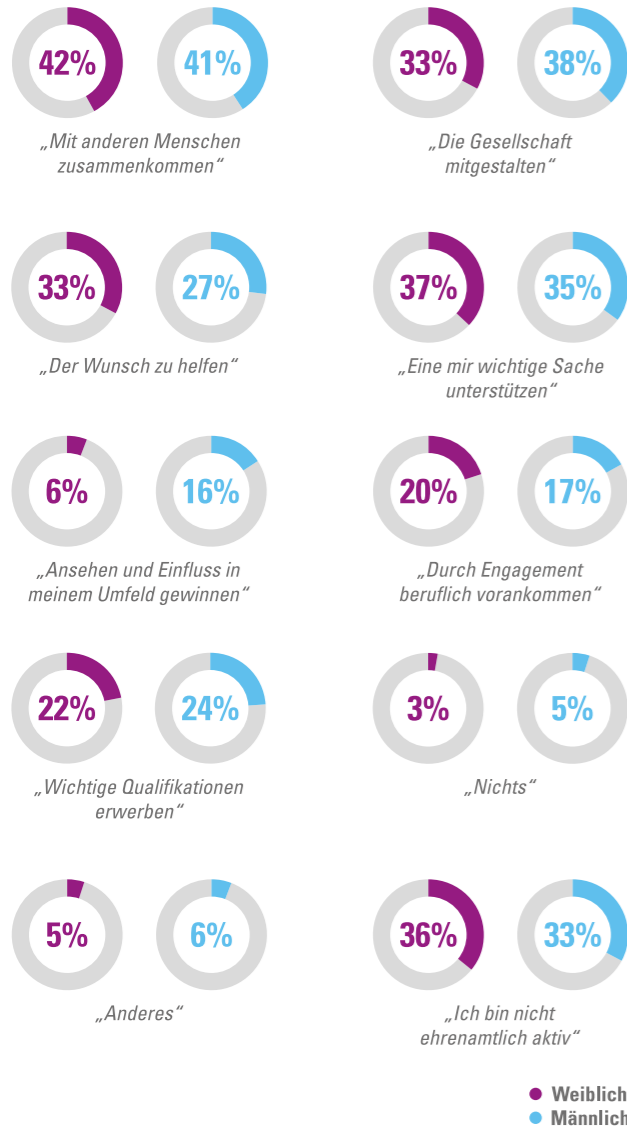
liche hat das Wort einen komischen Beigeschmack: Erstens, weil es ausdrückt, dass Jugendliche in den regulären politischen und gesellschaftlichen Prozessen nicht ausreichend beteiligt werden, zweitens, weil es an Sandkastenpolitik erinnert, die in den seltensten Fällen wirkliche Wirkung haben soll.

Politische Beteiligung wird in Zeiten des Friedens von jungen Leuten nicht als ein Grundbedürfnis wie Essen oder Trinken wahrgenommen. Gesellschaftliches Engagement und Beteiligung stehen in Zeiten allgemeinen Wohlstands und steigendem Leistungsdruck im harten Wettbewerb mit schulisch-beruflichen Verpflichtungen und unterhaltsameren Möglichkeiten, die Freizeit zu gestalten.

Warum also sollte sich ein junger Mensch für einen Verein oder im Ort engagieren?

Etwas platter ausgedrückt könnte man fragen: Was haben sie da-

Was motiviert dich für ehrenamtliches oder freiwilliges Engagement?



Quelle Studie „Junge Deutsche 2015“

JUGENDBETEILIGUNG IN DER GEMEINDE DIE GENERATION Y

von? In der heute so stark von Medien und medialer Selbstdarstellung geprägten Zeit geht es in hohem Maße darum, welche Geschichte man sich selbst und anderen über das Engagement erzählen kann.

Junge Menschen sind heute am stärksten von dem Aspekt Leistungsdruck geprägt. Einige wenige sehen diesen Druck positiv. Viele berichten in Interviews, dass der Druck bei ihnen zu Zukunftsangst und einer Art Ökonomisierung aller Lebensbereiche führt. Auch Engagement wird daraufhin bewertet, ob es Sinn ergibt und ob es einen weiterbringt.

**„Pssst, ...
ich bin im Trachtenverein.
Bitte nicht weitersagen!“**

Florian ist zwölf und er ist im Trachtenverein seiner Allgäuer Gemeinde. Er ist dort, weil seine Eltern dort sind. Für sein Schuhplattln hat er schon viele Preise gewonnen, aber nur seine

zwei besten Freunde wissen davon. Er geht in der Stadt zur Schule – dort erzählt er nichts von seinem Engagement.

Für den Verein und die Gemeinde ist das ein kleines Kommunikationsdesaster: Florian ist jung, kennt den Verein und könnte ein authentischer Werbebotschafter sein. Er könnte den Verein bei der dringend notwendigen Verjüngungskur unterstützen. Aber er vermutet, dass dieses Engagement in seiner Altersgruppe keine Anerkennung findet und möchte nicht riskieren, dafür gehänselt oder gemobbt zu werden.

Damit stellen sich zwei Fragen:

1. Welche Bedürfnisse junger Menschen erfüllen Engagement und Beteiligung?

2. Wie kann Engagement oder Beteiligung für junge Menschen als sinngebend oder cool gelten?

In der Studie „Junge Deutsche 2015“ haben wir diese Bedürfnisse erforscht und gefragt, warum junge Menschen sich engagieren. Das Ergebnis zeigt relativ klar, welche Herausforderungen Jugendbeteiligung mit sich bringt: Gemeinschaft, eine wichtige Sache unterstützen und Gesellschaft mitgestalten.

Aktionsforschung live

Lassen Sie uns ein kurzes Experiment machen. Schreiben Sie in einfachen Worten und maximal zwei Sätzen auf, warum ein junger Mensch sich in Ihrer Gemeinde oder für Ihren Verein engagieren sollte. Dann lassen Sie zwei, drei junge Menschen Ihre Botschaft lesen und (mit ja/nein/kommt darauf an) bewerten, ob sie aufgrund dieser Botschaft Interesse haben mitzumachen. Egal, welche Antwort Sie bekommen, fragen Sie nach „Warum?“.

Mit etwas Geduld und aufrichtigem Interesse gewinnen Sie da-

Welche drei Themen haben den größten Einfluss auf dich und deine Lebenssituation?

Top 3 Einflussfaktoren



14- bis 17-Jährige

1. Kriminalität/Gewalt (48%)
2. Neue Technologien (46%)
3. Anderes (45%)



18- bis 21-Jährige

1. Teurer/knapper Wohnraum (50%)
2. Fernbeziehungen (45%)
3. Unsichere Beschäftigung (44%)



22- bis 25-Jährige

1. Unsichere Beschäftigung (46%)
2. Nachhaltige Lebensweise (43%)
3. Teurer/knapper Wohnraum (41%)

Quelle Studie „Junge Deutsche 2015“

JUGENDBETEILIGUNG IN DER GEMEINDE DIE GENERATION Y

mit sehr wertvolle Erkenntnisse und setzen Jugendbeteiligung bereits konkret um. So banal die Vorgehensweise klingen mag - die Kommunikationsstrategien großer Konzerne entstehen ganz ähnlich. Die zwei zentralen Fragen von Kunden oder von jungen Leuten sind immer dieselben: Worum geht es?

Und was habe ich davon, bzw. warum ist das für mich relevant? Sie können auch mit Ihren Mitgliedern anfangen und z.B. fragen, worin sie den Zweck des Vereins sehen und warum sie sich dafür engagieren.

Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass zahlreiche Gemeinden und Regionen Österreichs mit ihren Jugendbeiräten hervorragende Arbeit leisten – jugendgerechte Kommunikation ist hier eine Selbstverständlichkeit, da sie aus den Reihen der Jugend eigenverantwortlich organisiert wird.

Engagement ist auch eine Frage der Lebensphase und Perspektive

Menschen haben in den verschiedenen Phasen ihres Lebens ganz unterschiedliche Bedürfnisse, Erwartungen an die Zukunft und Wertvorstellungen. Ein 16-Jähriger z.B., der in ein bis zwei Jahren sein Abitur/Matura anstrebt, benötigt möglichst gute Noten fürs Studium, plant in der Regel aus der Heimat fortzugehen und weiß nicht, ob er beruflich in der Zukunft zurückkehren kann. Warum sollte dieser junge Mensch sich für etwas einsetzen, das ihn in ein bis zwei Jahren vielleicht nie wieder betreffen wird?

Einer 19-Jährigen, die eine auf zwei Jahre befristete Arbeitsstelle an einem neuen Ort antritt, geht es letztlich nicht anders. Ein Dauerthema dieser Generation ist die Unsicherheit und die Angst vor falschen Entscheidungen – was sie auf so

ziemlich alles anwenden: Beruf, Wohnort, Partner/in.

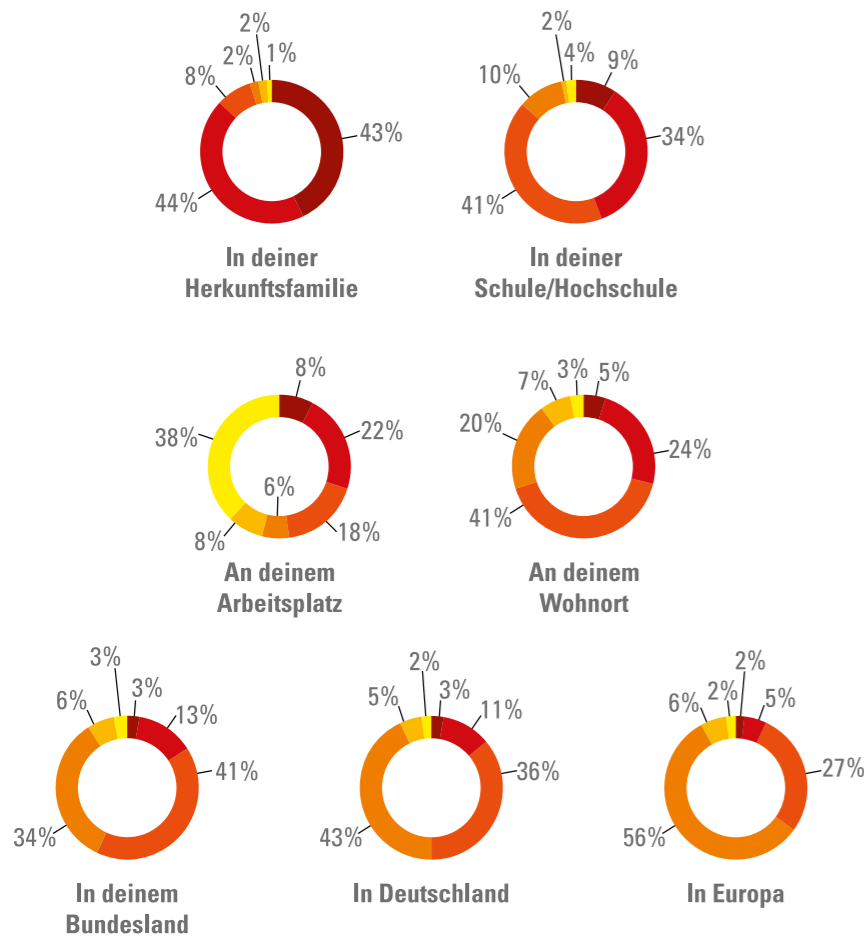
Das Eintreten in einem Verein oder einer Partei wirkt wie eine ziemlich große Entscheidung mit vielen Verpflichtungen und unter Umständen uncoolen Signalwirkungen an die Altersgenossen.

Um sich also keine Chancen zu verbauen oder gemobbt zu werden, ist draußen bleiben die sicherere Variante. Erst in späteren Lebensphasen, wenn man sich beruflich, familiär und geografisch angekommen fühlt, erscheint Engagement - als die Mitgestaltung am Ort - wieder sinnvoll.

Doch dieses Ankommen erfahren junge Menschen heutzutage in der Regel überwiegend erst in den späten Zwanzigern oder in den Dreißigern. Da haben sie allerdings aufgrund ihres Beruf und familiärer Verpflichtungen kaum mehr Zeit ... und von Jugendbeteiligung kann man dann auch nicht mehr sprechen.

Wie bewertest du deine Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen...?

■ Groß ■ Mittel ■ Gering ■ Null ■ Weiß nicht ■ Trifft nicht zu



Fazit

Junge Menschen für Engagementstrukturen zu gewinnen und dauerhaft zu binden ist heute schwieriger als früher.

Junge Menschen erwarten ernst genommen zu werden und konkrete Auswirkungen ihres Engagements, aufgrund ihrer häufig hierarchiefreien Erziehung, einer ausgeprägten online antrainierten Kultur des Teilens und ihrer Sozialisierung durch Online-Spiele. Wer sich eine Zukunft für die eigene Gemeinde oder den Verein wünscht, muss sich auf die veränderten Spielarten junger Menschen einlassen, Perspektiven bieten und weniger verbindliche oder flexiblere Formen der Beteiligung zulassen.

Kurzum, was für alle Bürgerinnen und Bürger gilt, gilt ganz besonders auch für junge Leute: sie wollen in der eigenen Lebenswelt abgeholt werden.

JUGENDBETEILIGUNG IN DER GEMEINDE DIE GENERATION Y

10 Tipps, was Gemeinden und Vereine tun können:

1. Optimistisch sein, das steigert die positive Wahrnehmung von außen
2. Junge Menschen ernsthaft an Entscheidungen beteiligen, das steigert die Identifikation und Möglichkeit der Selbstverwirklichung in den Strukturen
3. Die veränderten Kommunikationskanäle aufgreifen, denn wer hat heute noch ein Faxgerät um einen Antrag auf Mitgliedschaft zu senden
4. Die Ziele, Sinn und Story aus der Sicht junger Menschen kommunizieren lernen, um die Zielgruppe anzusprechen und abzuholen
5. Das Wort „Beteiligung“ nur für Prozesse verwenden, bei denen Mitglieder/BürgerInnen auch etwas mitentscheiden können – Scheinpartizipation führt zu Frust und Abwendung
6. Beteiligung als schulisches & universitäres Pflichtpraktikum
7. Die Verwendung von einfacher Sprache und anschaulichen Beispielen, damit jede und jeder verstehen kann, worum es bei politischen Themen geht
8. Unterscheidung der Lebensphasen bei der Werbung von Mitgliedern, um Menschen mit ihren jeweiligen Bedürfnissen zu erreichen
9. Perspektiven am Ort zu schaffen, z.B. mit Gründerkultur, damit Menschen sich eine Zukunft und berufliche Perspektive an dem Ort vorstellen können
10. Eine Anerkennungskultur für Engagement und unternehmerischen Mut schaffen, z.B. in Form eines mit Geld dotierten Preises mit klarem Bezug zur Region

einführen, um junge Menschen an die wichtigen gesellschaftlichen Funktionen von Engagement für Alte, Kranke, Menschen mit Behinderung, Kinder oder Kultureinrichtungen heranzuführen

Daten: „Junge Deutsche 2015“, 5.070 befragte junge Leute. Für die dargestellten Daten wurden 2.888 Studienteilnehmer/innen zwischen 14 und 25 Jahren herausgefiltert.
www.jungedeutsche.de/jd2015

Simon Schnetzer, 35,
Dipl.-Volkswirt, Aktionsforscher und Social Entrepreneur. Er ist der Autor und Initiator zahlreicher Jugendstudien. Vor seiner Tätigkeit als Jugendforscher war er in Genf, Tansania, Berlin und Lateinamerika für verschiedene Entwicklungsorganisationen tätig. Bevor er sich mit der Firma DATAJOCKEY: Aktionsforschung & Training selbstständig machte, war er für die Vereinten Nationen in London der Nachhaltigkeitsbeauftragte für Kakao tätig und Blogger mit dem Podcast Gründergeist.eu.

Aktionsforschung,
Vorträge & Training:
www.datajockey.eu



Dieter Posch
Bürgermeister der
Marktgemeinde Neudörfel

MENSCHEN SIND AUF DER FLUCHT DÜRFEN WIR NOCH LÄNGER WEGSCHAUEN?

Kriege, Terror und Verfolgung zwingen täglich tausende Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Sie machen sich auf den Weg ins Ungewisse, oft in der Hoffnung, das nackte Leben zu retten.

Zeitgleich schafft hierorts die Landeshauptleutekonferenz zum Thema Asyl gerade mal das Bekenntnis, seit Jahren festgelegte „Quoten“ für die Aufnahme von Flüchtlingen „künftig aber wirklich“ erfüllen zu wollen – und scheitern bei der Quartiersuche sehr oft am Widerstand betroffener Lokalpolitiker. In Neudörfel zeigen wir seit 26 Jahren wie ein Flüchtlingsheim integrierter Bestandteil des Dorflebens sein kann.

Der Beginn einer nicht alltäglichen Partnerschaft

1984 erwarb die Caritas Wien die leer stehende „Leithamühle“ in Neudörfel. Ein großes, denkmalgeschütztes Gebäude aus dem 17. Jahrhundert, direkt am

Ortsanfang, am „Tor ins Burgenland“. Zunächst fanden hier vier Flüchtlingsfamilien Unterkunft, was von weiten Teilen der Bevölkerung kaum wahrgenommen wurde. Eine echte Herausforderung hingegen stellte einige Jahre später der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien dar, welcher die größte Flüchtlingstragödie in Europa seit dem zweiten Weltkrieg auslöste.

In der Zeit, in der die Infrastruktur im Caritashaus erst an die neue Zielgruppe adaptiert werden musste, haben die SPÖ-Frauen das örtliche Kinderfreundeheim kurzerhand in eine Flüchtlingsunterkunft umfunktioniert. Eine Welle der Hilfsbereitschaft folgte: Der damalige Bürgermeister stellte Geld von der Gemeinde für Grundstücke zur Verfügung, heimische Unternehmen, Gemeinderäte und ehrenamtliche Mitarbeiter errichteten eine provisorische Küche, Notschlafstellen wurden organisiert. Um den Flüchtlingen einen Teil ihrer Identität zu

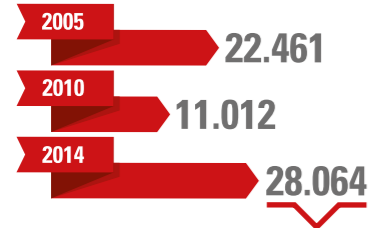
wahren, wurden sie bewusst nicht zentral verpflegt, sondern mit Lebensmitteln und Kochmöglichkeiten ausgestattet. Das war zugleich eine wichtige Maßnahme, einen Tagesrhythmus in das noch bevorstehende lange Warten zu bringen. Das Provisorium „Kinderfreundeheim“ dauerte über ein halbes Jahr, ehe die Flüchtlingsfamilien in das Caritashaus übersiedeln konnten. In dieser Zeit sind auch MitarbeiterInnen der Pfarre und andere engagierte Privatpersonen aus dem Ort zum „Projekt“ gestoßen, was bis heute die Basis für eine große Akzeptanz des Hauses mit seinen BewohnerInnen darstellt.

Kulturelle Vielfalt als Bereicherung

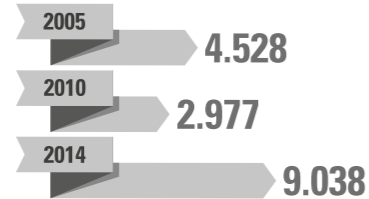
Großes haben in dieser Zeit die Pädagoginnen in unseren Schulen und Kindergärten geleistet. Zu Spitzenzeiten begrüßten Kinder aus 35 Nationen in deren Muttersprache zahlreiche Gäste bei einer Schulveranstal-

Asylanträge

Gestellte Anträge

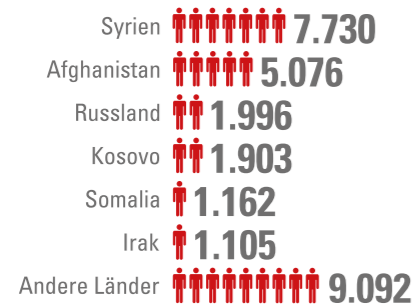
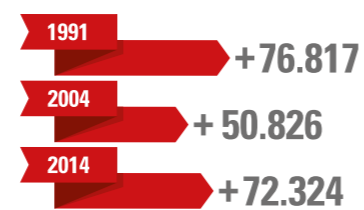


Anerkennung von Flüchtlingen

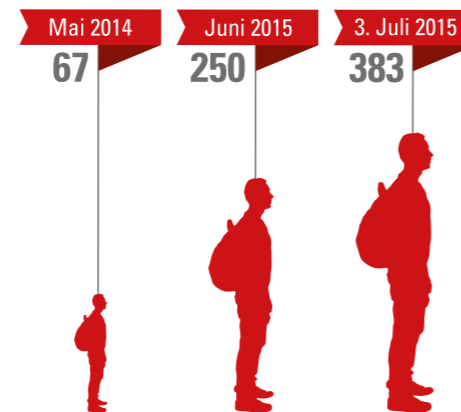


Wanderungssalden

Differenz von Zuzügen aus dem Ausland und Wegzügen ins Ausland



Asylanträge pro Tag in Österreich

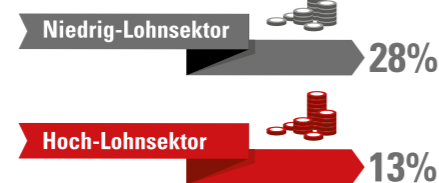


Lohnniveau: Österreicher verdienen mehr

Österreicher



Nicht-Österreicher



Quelle Land Salzburg, BFA, Integrationsbericht 2015

MENSCHEN SIND AUF DER FLUCHT WEGSCHAUEN?

tung. Vielfalt wurde als Chance erkannt! Als dann noch am Dorf fest die kulinarische Vielfalt in Form von Speisen aus den Herkunftsländern der Caritashausbewohner feilgeboten wurden, waren Berührungsgänge im Nu abgebaut – beim Essen kommen d'Leut z'samm.

Dass wir beim Sport gerne auf Talente zurückgreifen, deren Namen wir oft nicht aussprechen können, ist kein großes Geheimnis. Beruhigt nehmen wir aber auch zur Kenntnis, dass ehemalige Flüchtlinge heute Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sind. Dass einige Gemeindemitarbeiter, die am Bauhof, als Turnhallenwart oder Bademeister ihren Dienst verrichten, auch eine Flüchtlingsvergangenheit haben, bespricht heute kein Mensch mehr. Und dass junge Menschen etwa aus Afghanistan dabei sind, wenn wir zur Flurreinigung aufrufen, überrascht in Neudörfel niemanden mehr. Auch nicht, dass sie sich mit uns dabei in unserer Muttersprache unterhal-

ten. Wir müssen uns nur etwas Mühe geben, wirklich deutsch zu sprechen...

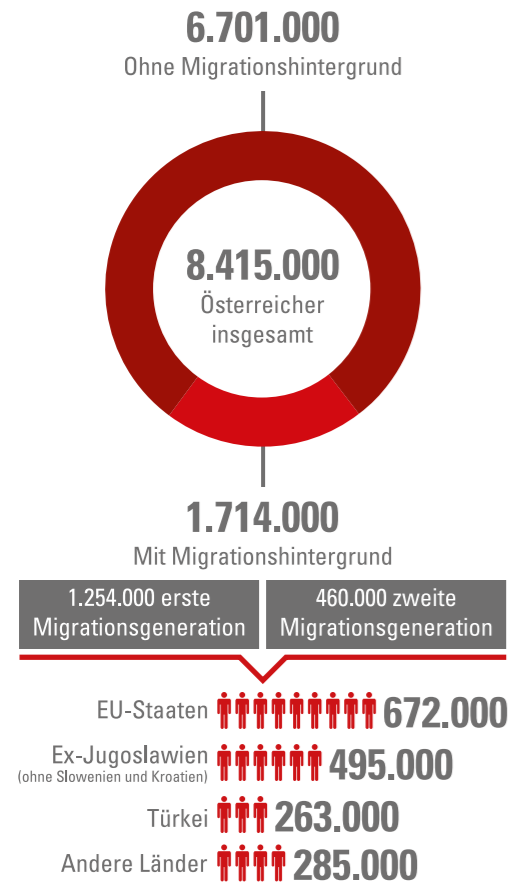
Offensiver Umgang mit Vorurteilen

Natürlich gab und gibt es auch in unserer Gemeinde die alltäglichen Vorbehalte gegen „Fremde“, imaginäre Ängste gehen auch an Neudörfel nicht spurlos vorüber. Als Rezept hat sich bewährt, vorurteilsbehaftete Menschen nicht mit erhobenem Zeigefinger zu belehren, sondern sie dort abzuholen, wo sie sind. Dieser theoretische Ansatz kann anhand folgender Beispiele leicht nachvollzogen werden: Die vorwurfsvolle Frage einer Mutter, ob Flüchtlingskindern der Kindergartenbesuch gratis ermöglicht werde, während Neudörfel zahlen müssen, wurde ohne Ausflüchte mit Ja beantwortet. Spätestens die Begründung, dass einige Jahre später gesetzliche Schulpflicht herrsche und es doch besser sei, wenn die mögliche künftige

ge Sitznachbarin ihres Kindes schon im Kindergarten Deutsch lerne, hat aus einer Skeptikerin plötzlich eine Befürworterin dieser Maßnahme gemacht. Aus einem Teil des Erlöses des traditionellen Adventmarktes der SPÖ-Frauen wurde allen Kindern im Caritashaus ein Nikolosackerl mit etwas Taschengeld überreicht. Eine der Bäckerinnen für den Markt kündigte an, keine Mehlspeise mehr zu liefern, wenn der Erlös für Ausländer verwendet würde. Der Dame wurde höflich für ihre bisherigen Leistungen gedankt. Der Adventmarkt hat's überlebt und die Nikolosackerl wurden weiterhin verteilt. Ebenso monierte ein Mitarbeiter des Marktes, ob es denn nicht genug Neudörfel gäbe, die Hilfe bräuchten. Einige Jahre später besorgte sich derselbe sogar selbst ein Nikolo-Gewand, um bei der Verteilung im Caritashaus ganz aktiv dabei zu sein. Farbe bekennen, nicht umfallen und den Leuten Zeit geben hat sich als nachhaltig erwiesen.

Wer hat Migrationshintergrund?

Österreichische Bevölkerung 2014



Quelle BFA, Integrationsbericht 2015

Zu Neudörf (Burgenland)	
Bürgermeister (Direktwahl)	Dieter Posch (SPÖ) seit 1997
Gemeinderat	13 SPÖ
	7 Bürgerliste PRON
	3 ÖVP
	1 GRÜNE
	1 FPÖ
Einwohnerstatistik	4.388 Hauptwohnsitz
	404 Nebenwohnsitz
	4.792 Gesamt
Summe Ausländer	523
	330 Ausländer aus Nicht-EU-Ländern

Industriegemeinde

mit fast 2.000 Arbeitsplätzen (Neudörfler Office Systems, Leykam, Fundermax, Brix Zaun und Tor, Marchhart, etc.)

Heurigenort

(Grinzing von Wr. Neustadt, jedoch nicht so hochpreisig)

Bewohnerstatistik Caritas Haus Sarah	
Stand 4/2015	52
	davon 34 Afghanistan
	10 Somalia
	3 Syrien
	je 1 Nigeria, Irak, Moldavien, Bangladesch, Uganda
BetreuerInnen inkl. Zivildienstler	15
Max. Auslastung	ab 1995 mit 85 Flüchtlingen aus 16 Nationen Damaliger Einwohnerstand ca. 3.500 Hauptwohnsitzer

MENSCHEN SIND AUF DER FLUCHT DÜRFEN WIR NOCH LÄNGER WEGSCHAUEN?

„Die hungern den ganzen Tag nur herum und leben auf unsere Kosten...“, der wohl meist gehörte Vorwurf, nicht nur an Stammtischen. Die Information, dass es unser Staat ist, der Asylwerbern den Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt, wurde zunächst kaum geglaubt. Mittlerweile halten es die meisten jedoch vielmehr für unglaublich, dass Menschen mit abgeschlossenen Berufsausbildungen zum Nichtstun verdammt sind.

Haus Sarah: Mehr als ein Dach über dem Kopf

Die Caritas Wien hat von Beginn an dafür gesorgt, dass die BewohnerInnen des Haus Sarah

professionell betreut werden, hat das Haus personell entsprechend dotiert und ist immer offen auf die Ortsbevölkerung zugegangen.

Sämtliche Probleme, Neuausrichtungen, Zukunftsprojekte wurden stets offen mit der Sozialabteilung des Landes und den Gemeindeverantwortlichen diskutiert und entwickelt. So konnte sich in Neudörf ein Modell etablieren, in dem Schutzsuchende nicht Nummern, sondern Namen tragen.

Seit 2011 ist das Haus Sarah auf die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge fokussiert. Diesen die deutsche

Sprache beizubringen, gelingt erstaunlich schnell. Mit dieser neuerlangten Selbstsicherheit gehen die jungen Leute dann auch offen auf uns zu.

Dieter Posch, 55, seit Jänner 1997 SPÖ-Bürgermeister der Marktgemeinde Neudörf im Burgenland (Bürgermeister Direktwahl). Nach Matura und Zivildienst pädagogischer Mitarbeiter im Kinderdorf Pötttsching (GÖK), anschl. Landessekretär der Burgenländischen Kinderfreunde. Danach Angestellter einer privaten EDV-Firma (kommunale Verwaltung). Posch ist mit heimischen Industrie- und Gewerbebetrieben gut vernetzt (rd. 2000 Arbeitsplätze im Ort) und wurde bekannt, weil in seiner Gemeinde in einem Haus der Caritas Wien seit 26 Jahren Asylwerber selbstverständlich und ohne Aufregung mit der heimischen Bevölkerung zusammen leben.

Jobs ehemaliger Asylwerber aus dem Haus Sarah bei der Marktgemeinde Neudörf:

Herkunftsland	Bis zur Flucht ausgeübter Beruf bzw. abgeschlossene Berufsausbildung	Bei der Gemeinde beschäftigt als
Kosovo	Sekretärin	Raumpflege
Bosnien	Büroangestellter	Bademeister
Bosnien	Elektriker	Straßenarbeiter Bauhof
Bosnien	Sekretärin bei Rechtsanwalt	Raumpflege (Gemeindeamt, Polizei)
Bosnien	Agraringenieur (zusätzlich Studium begonnen)	Schulwart
Georgien	Musiklehrerin im Kindergarten	Raumpflegerin
Georgien	Journalist	Straßenarbeiter Bauhof, Mitglied Freiwillige Feuerwehr



Thomas Weber
Journalist
und Autor

NACHHALTIGKEIT AUF GEMEINDEEBENE

5 konkrete Anregungen zum Aktiv-Werden

Kaum eine Branche, in der dieser Tage nicht über Nachhaltigkeit nachgedacht wird. „Wie kann und muss ein der Nachhaltigkeit verpflichteter Journalismus aussehen?“, fragt sich etwa der renommierte Journalist Claus Reitan Anfang 2015 auf der Leuphana Universität im norddeutschen Lüneburg.

Seine unmissverständliche Antwort, formuliert im Rahmen einer einschlägigen Tagung: „Raus aus der Umweltecke, rein in die Mitte der Gesellschaft!“ Ein jeder Journalist und eine jede Journalistin müsse, so die Überzeugung des einstigen Chefredakteurs der Tiroler Tageszeitung und der Furche, künftig die Nachhaltigkeit als zusätzliches gedankliches Koordinatensystem verinnerlichen. So wie – im Idealfall freilich – eine jede Maßnahme auf ihre demokratiepolitischen oder menschenrechtlichen Auswirkungen hin

abgeklopft wird, so müsse das künftig auch für den Aspekt Nachhaltigkeit getan werden. Demokratie, Menschenrechte, Nachhaltigkeit als die drei Säulen zeitgemäßer Politik und Medienarbeit also.

Reitan hat Recht. Und auch die Lokalpolitik wird sich deshalb künftig daran gewöhnen müssen, Fragen zum Thema Nachhaltigkeit zu beantworten. Die Verpflichtung, bei Bauprojekten, Mülldeponien oder Umwidmungen bezüglich schlimmer ökologischer Auswirkungen besser einmal nachzuhaken, verspüren ohnehin bereits viele meiner in den Medien tätigen Kollegen.

Allein: Sie haben oft keine Ahnung, wenn ihnen ihr Gegenüber einen Bären aufbindet. Oft geben sie sich mit vorgefertigten Sprachbauklötzen zufrieden.

Lokalpolitiker sind also gleich in mehrfachem Wortsinn gefragt, voranzugehen und nicht vor der Komplexität des Themas zu

kapitulieren – als Ortsvorstand in der Verantwortung eines Amtes ganz genauso wie als einfacher Gemeinderat oder in der Verantwortung der Opposition.

Die Theorie kann eine jede und ein jeder selbst googlen. Die mustergültige Definition des Nachhaltigkeitsbegriffs von Hans Carl von Carlowitz ist wohl auch allen schon einmal untergekommen (und wenn nicht, dann hilft Wikipedia). Deshalb hier ein paar konkrete und oft sehr einfache Ideen, die Gemeinden animieren sollen, nachhaltiger und damit besser zu agieren:

Der Gemeindearbeiter als Gärtner

Gerade in kleinen Gemeinden werden die Gärtnerarbeiten oft von ungelerten Arbeitskräften durchgeführt. Schließlich ist ein professioneller Gärtner nicht immer leistbar. Den Baumschnitt und die Pflege der örtlichen Grünflächen haben deshalb oft Gemeindearbeiter über, die über



FoodCoop in Neulengbach

keinerlei Wissen um ökologische Zusammenhänge verfügen. Dabei ließe sich schon mit ein wenig professioneller Hilfe Vieles zum Besseren wenden. Schon in einem einfachen Workshop lässt sich Basiswissen vermitteln – etwa über den falschen und übermäßigen Einsatz von Dünger und Pestiziden, über viel zu häufig gemähte Rasenflächen (eine seltener gemähte Wiese blüht und taugt zur Schmetterlings- und Bienenweide) oder wie Ortsbild und Vielfalt durch das Nachpflanzen falscher Stauden und Bäume verschandelt und ausgedünnt werden.

Auskünfte vermitteln etwa: Erika Karner (Gärtnerin, Floristin und Landschaftsplanerin) 0680 321 64 93

Richard Mahringer (spezialisiert auf Baumschnitt, Boden- und Permakultur) 0676 782 14 00

Eine Abwrackprämie für giftige Thujenhecken

Politik sollte zwar nicht mit Feindbildern arbeiten. Beim sogenannten „Lebensbaum“, auch bekannt unter dem Gattungsnamen Thuje, darf allerdings eine Ausnahme gemacht werden – zumindest wenn er massenweise und als „Hecke“ in Mauerform geschnitten anzutreffen ist (wie in vielen Siedlungen der 70er- und 80er-Jahre). Solitär stehend kann eine Thuje zwar der Schmuck eines Gartens sein. Zur Mauer getrimmt allerdings stehen die Lebensbäume paradoxerweise vor allem für Ödnis. Heimische Vögel meiden die Thuje, kaum einer nutzt sie als Nistplatz. Auch Nahrung bietet sie der Tierwelt keine. „Durch ihr weitreichendes, flaches und intensives Wurzelwerk verhindern sie eine Unterpflanzung mit ökologisch wertvoller bodendeckender Vegetation. Aufgrund bestimmter Inhaltsstoffe verrottet das Schnittgut nur sehr langsam, was die Kompostierung

erschwert“, erklärt die Gartenarchitektin Birgit Fischer-Radulescu in ihrem Blog purpurgruen.at. Kaum etwas garantiert also weniger Biodiversität als eine monotone Thujenhecke. Denn, nur wer in Gärten, Parks oder auch am Schulhof unterschiedliche Gehölzarten kultiviert, bietet damit auch unterschiedlichen Tieren Nahrung, Schutz und Lebensraum. Wer die Biodiversität im Ort heben will, sollte also nicht allein landwirtschaftliche Felder und Flächen fokussieren, sondern auch Anreize bieten, Artenreichtum in privaten Gärten zu forcieren. Warum nicht gemeinsam mit der ortsansässigen Gärtnerei einen Wettbewerb oder besser gleich eine „Thujenabwrack-Prämie“ vergeben? Für jedes Thujenbollwerk, das durch eine vielfältige Hecke mit heimischen Gehölzen als Lebensraum ersetzt wird, gibt es – nur so zum Beispiel – Einweckgläser und ein Kilogramm Bio-Zucker, mit dem sich die Wildfrüchte, die dort geerntet werden können, zu köstlicher Marmelade einkochen lassen.

NACHHALTIGKEIT AUF GEMEINDEEBENE

Anregungen kann man sich vom alljährlich begangenen Niederösterreichischen Heckentag holen: www.heckentag.at

Wer darüber nachdenkt, alten Obstsorten zu einem Comeback zu verhelfen, wendet sich am besten an die Arche Noah: www.arche-noah.at

Die Food Coop für regionale Lebensmittel

Gerade in kleinen Gemeinden gibt es nur noch selten die Möglichkeit, Lebensmittel einzukaufen. Noch viel schwieriger ist es da oft, Produkte aus der Gegend halbwegs bequem zu kaufen, ohne dabei gleich den halben Bezirk im Auto durchkreuzen zu müssen. Nur weil sich die Greißlerei abseits der Ballungszentren heute kaum noch wo rechnet, bedeutet das nicht, dass eine ökologisch vertretbare Nahversorgung unmöglich ist. Was spricht dagegen, den urbanen Trend der Food Coops auch in entlegeneren Landstriche zu importieren?

Solchen Lebensmittel-Kooperativen geht es darum, frische, ökologisch produzierte Ware aus der Region zu beziehen. Weil gemeinsam eingekauft wird, zahlt es sich auch für Bauern und Produzenten in der Gegend aus, die Food Coop zu beliefern. „Durch den Direktbezug der Waren und die in der Regel unbezahlte Arbeit entfällt der Preisaufschlag des Einzelhandels. Dadurch und durch die gemeinschaftliche Übernahme der Arbeiten (es gibt in kleinen Koops keine Angestellten) ergeben sich günstigere Preise für Naturkost, ohne dass die Preise auf Erzeugerseite gedrückt werden.

Im Gegenteil, die Höfe erhalten so oft mehr als vom Großhandel. „Die Preise werden auf diese Weise auch von Mitgliedern mit geringerem Einkommen akzeptiert“, heißt es im Leitfaden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen e.V.. Erfahrungsberichte mit Food Coops gibt es im Internet ebenso viele wie hilfreiche

Punkt-für-Punkt-Anleitungen. Die 15 bis maximal 60 empfohlenen Mitglieder sollten sich auch in Kleinstädten, mitunter sogar in kleineren Ortschaften finden lassen. Foodcoops.at listet neben den Wiener Einrichtungen etwa bereits Kooperativen in Pressbaum, Deutschlandsberg, Maria Anzbach oder Großklein.

Wichtigste Voraussetzung ist ein Raum, in dem Bauern und andere Lieferanten ihre Ware abliefern und die Abnehmer sie zu genau festgelegten Öffnungszeiten (oft reicht dafür ein Nachmittags in der Woche) abholen können. Theoretisch könnte die eher einfache Lagerlogistik auch ein Gemeindebediensteter übernehmen oder nebenher von einem lokalen Unternehmer abgewickelt werden. Und an Leerständen mangelt es in den oft heruntergewirtschafteten Ortskernen leider ohnehin nicht selten. In vielen kleineren Gemeinden stehen oft ehemalige Wirtshäuser, Postämter oder aufgelassene Milhhäuser leer.



Zur Not tut es auch ein geringfügig adaptierter, nicht mehr genutzter Stall.

Wer sich über eine derartige gemeinschaftliche Initiative jedenfalls mit ziemlicher Sicherheit freut, sind die lokalen Bäuerinnen und Bauern. Auch sie sind klare Nutznießer eines zeitgemäßen „Fahr nicht fort, kauf im Ort“. Brauchbare Anhaltspunkte zur Gründung einer Food Coop bietet die Plattform <http://foodcoops.at>.

Die Kulturinitiative gegen Abwanderung

Global betrachtet lebt die Mehrheit der Menschen mittlerweile in Städten. Von der Möglichkeit globaler Seuchen einmal abgesehen, scheint dieser Trend unumkehrbar. Umso mehr brauchen Gemeinden wie auch Katastralgemeinden bestimmte Angebote, um als Lebensorte künftig interessant zu bleiben. Das sind beispielsweise neben Kindergärten und Nachmittagsbetreuung für Pflichtschüler eben auch

Kulturangebote, die nicht aus der traditionellen Ecke kommen. Die Unterstützung und Förderung kleiner örtlicher oder regional aufgesetzter Kulturinitiativen spielt dabei eine wichtige Rolle.

„Bei den Kulturangeboten ist es wichtig, nicht nur die Angebote in der eigenen Gemeinde im Blick zu haben“, meint Josef Schick, der Gründer der niederösterreichischen Kulturvernetzung, „sondern einen Umkreis von 25 Kilometern oder einer halben Stunde. Weiter gedacht wäre es durchaus von Vorteil, wenn benachbarte Gemeinden gemeinsame Pläne für eine Entwicklung des über den Ort hinaus interessanten Kulturangebotes machen und das auch gemeinsam finanzieren würden.“

Schließlich braucht nicht jeder Ort ein eigenes „Rock am Acker“ oder Digital-Atelier. Wenn sich Gemeinden hier zusammenschließen, ist es zudem möglich, dass vereint Dinge entstehen, die Querdenker und Kreative nicht

NACHHALTIGKEIT AUF GEMEINDEEBENE

nur vom Abwandern abhalten, sondern punktuell sogar kulturinteressierte Gäste locken. Vorbildlich arbeiten in Vorarlberg etwa zwei Städte zusammen: Zwar findet das Poolbar Festival – eine mehrwöchige Sommerveranstaltung mit Konzerten, Filmvorführungen und mittlerweile mehr als 20.000 jährlichen Besuchern – traditionell im Alten Hallenbad in der Feldkircher Innenstadt statt. Die kreative Workshop-Reihe „Poolbar Generator“ wird seit einiger Zeit aber auch von der Stadt Dornbirn unterstützt. Nun können kleine Orte zwar schwer in der Liga Vorarlberger Bezirksstädte mitspielen – letztere können aber durchaus als Inspirationsquelle dienen. Wenn es etwa um die begehrte Zielgruppe der Studierenden geht, haben selbst Bezirkshauptstädte in einem Bundesland ganz ohne Universität wenig zu melden.

Gemeinsam lässt sich allerdings ein Festival ausrichten, das nicht nur die Vorarlberger schätzen ge-

lernt haben, sondern jeden Sommer auch zahlreiche Studenten von ihren Studienorten zurück in die alte Heimat lockt. Was die Wahrscheinlichkeit ungleich erhöht, dass diese hier wieder Wurzeln schlagen und dereinst als Akademiker zurückkehren. Schließlich wird ihnen ja auch kulturell etwas geboten.

Mit vereinten und klar überregional motivierten Kräften eignen sich Kultur, Subkultur und anspruchsvolle Veranstaltungen, die über Kabarettabende hinausgehen, aber auch für deutlich weniger Seelen zählende Gemeinden und von Abwanderung geprägte Gegenden als wirksames Mittel gegen den „Brain-drain“ – also den Verlust der Gebildeten an die Großstädte. Voraussetzung dafür wäre allerdings Kontinuität und ein wenig Wagemut. Vorbildlich in vielerlei Hinsicht: Das Vorarlberger Poolbar Festival wird von der Städten Feldkirch und Dornbirn gleichermaßen ermöglicht – www.poolbar.at



NACHHALTIGKEIT AUF GEMEINDEEBENE

Das Auto als geteilte Infrastruktur

Schon klar: In manchen Gegenden zu wohnen wäre ohne die Segnungen des Individualverkehrs eine Zumutung. Nicht immer allerdings braucht es ein Auto oder gar ein Zweitauto. Dass sich Carsharing-Konzepte auch für abgelegene Regionen und kleinere Gemeinden lohnen, belegen zahlreiche bereits realisierte Projekte.

In Oberösterreich beispielsweise stehen Inhabern der Mobilcard Krenglbach direkt im Ortszentrum zwei Elektroautos zur Verfügung – „el Maxi“ (ein Renault Kangoo Maxi ZE) und „el Flitzi“ (ein Renault ZOE).

Die Stromtankstelle beim Gemeindeamt garantiert, dass die beiden motorisierten Gefährten auch einsatzbereit sind. Ihre Namen verdanken „el Maxi“ und „el Flitzi“ übrigens den allerjüngsten Krenglbachern.

Um die Akzeptanz des Mobilcard-Projekts in der Bevölkerung

zu erhöhen, wurden diese gemeinsam mit der Volksschule in einem Namenwettbewerb ausgewählt.

An die Erfordernisse der Gegend angepasste zukunftsweisende Verkehrskonzepte entwickelt man am besten gemeinsam mit dem Verkehrsclub Österreich. Dort ist man für Kooperationen immer offen: www.vcoe.at

Auch das Ökosoziale Forum bringt sich gerne in Projekte ein: www.oekosozial.at

Thomas Weber, 38,
ist Journalist und Autor. Er ist Herausgeber von The Gap (Magazin für Glamour und Diskurs) sowie Biorama (Magazin für nachhaltigen Lebensstil); Aktuelle Buchveröffentlichung: Ein guter Tag hat 100 Punkte. Und andere alltagstaugliche Ideen für eine bessere Welt (Residenz Verlag, St. Pölten). Auf Twitter unter @th_weber aktiv.



Petra Gajar
Gesundheitsreferentin
im FGÖ

STRESSBERUF BÜRGERMEISTER/IN

Eine Stellenanzeige der Position als Bürgermeister/in in einer Zeitung könnte so aussehen:

Unternehmen:

Ihre Gemeinde ist ein führender Anbieter von Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Professionelle Betreuung der Anliegen der Mitbürger ist ein zentraler Wert. In dieser herausfordernden Position verantworten Sie den Gesamterfolg der Gemeinde, und die Erreichung der betriebswirtschaftlichen Ziele.

Ihr Aufgabenbereich:

Sie übernehmen die betriebswirtschaftliche und organisatorische Leitung der Gemeinde. Die Führung, Weiterentwicklung und Motivation eines großen, qualifizierten Mitarbeiterteams aus vielen Fachbereichen ist ein ebenso wichtiger Bestandteil des Tätigkeitsfeldes, wie die Präsentationen der Gemeinde in der Öffentlichkeit, auch an Randzeiten und Wochenenden.

Sie betreuen Bauvorhaben, verhandeln mit der Landespolitik und -verwaltung und sind verantwortlich für Umwelt und Wasserwirtschaft. Interventionen bei Naturkatastrophen, der Umgang mit Krisen, Streitfällen und persönlichen Krisensituationen der Bürger/innen Ihrer Gemeinde stellen für Sie eine bewältigbare Herausforderung dar.

Ihre Kompetenzen:

Sie verfügen über eine abgeschlossene Schulausbildung, sehr gute Branchen-, d.h. Gemeindekenntnisse. Erfahrungen in Politik, in Personalbetreuung, in Rechtswissenschaft und in digitaler Kommunikation sind von Vorteil. Sie verfügen über ein hohes Maß an Begeisterungsfähigkeit und unternehmerischem Denken und sind ein exzellenter Netzwerker.

Dieses Inserat ist auf den ersten Blick Fiktion und doch umfasst es realistisch die Aufgaben eines Gemeindevorstandes.

Ja, die Anforderungen an diesen Beruf sind hoch. Gute, zielgruppengerechte Kommunikation, Menschenfreundlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Kontaktfreudigkeit, Zugang zu vielen Netzwerken, ausgezeichnetes Zeitmanagement, Bereitschaft, auch über die persönlichen Bedürfnisse hinaus für die Interessen der Gemeindebevölkerung einzutreten, sind einige der vielen Anforderungen an das Amt der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters.

Zusätzlich zu internen Bewährungsproben sind politische Wahlen die Zeit der öffentlichen Bewährung. Oftmals wird nicht nur der Mensch alleine gewählt, sondern auch seine Familie, die sich hinter der öffentlichen Person zurücknehmen und dieses Amt mittragen muss.

Die finanzielle Absicherung des Berufes Bürgermeister/in fällt in ganz Österreich unterschiedlich aus. Pensionsabsicherung ist jedoch nicht gegeben. Ungefähr

STRESSBERUF BÜRGERMEISTER/IN

80 % der Bürgermeister/innen üben dieses Amt daher neben ihren Beruf aus bzw. schränken ihren Beruf soweit wie möglich ein, um das Amt entsprechend auszuführen.

Menschen, die diesem Beruf nachgehen, bringen folgende Eigenschaften mit: hohe Kommunikationsbereitschaft, Humor, Neugierde, das Gegenüber zu verstehen, die Freude unter Menschen zu sein und zu überzeugen, aber auch die Bereitschaft, die eigenen Bedürfnisse hintanzustellen und sich über die persönliche Grenze hinaus für andere einzusetzen.

Bürgermeister/innen können hohe Anforderungen gut erfüllen, zumindest eine Zeit lang und es gibt auch viele, die diesen Anforderungen lange gerecht werden und sich gesund und in ihrer Mitte fühlen. Werden persönliche Bedürfnisse jedoch nicht beachtet, verdrängt und vernachlässigt, fordert der Körper selbst diese umso vehementer ein. Die Folge sind

massive Erkrankungen, die unter Umständen zu einer kürzeren Lebenserwartung führen. Zudem werden die oft selbst auferlegten hohen Ansprüche für einige Menschen unerträglich, sodass Depressionen keine Seltenheit darstellen und im schlimmsten Fall der Ausweg im Suizid gesucht wird.

Wenn Stress krank macht

Wenn von Stress die Rede ist, so ist meistens der negative Disstress gemeint. Um den Begriff Stress als Ganzes zu verstehen, ist jedoch eine genaue Unterscheidung der beiden Arten Eustress und Disstress sehr wichtig.

Nach den Erkenntnissen des Stressforschers Hans Selye gibt es eine positive (Eustress) und eine negative Stressart (Disstress). Die positive erleben wir beispielsweise unmittelbar vor einer Hochzeit, der Geburt eines Kindes oder vor dem ersten Kuss. Körper und Geist

sind aufgewühlt und scheinbar ferngesteuert, ähnlich wie in einer Prüfungs- oder Wettkampfsituation. Unter dem Strich bleibt jedoch ein wohliges, beflügelndes Gefühl. Selye definiert jeden Stress, der Körper und Geist fördert, als positiv. Im Bereich der öffentlichen Position von Bürgermeister/innen kann positiver Stress auch der Erfolg in Verhandlungen, erfolgreiche Ansprachen, Veranstaltungen, Anerkennung durch Wahlen sein. Hier wird vermehrt Adrenalin ausgeschüttet und die Gefühle werden als euphorisch und berauschend erlebt.

Dagegen ist Disstress jener, auf den der Körper nicht reagieren kann. Der Tod des Ehepartners ist nach den Forschungsergebnissen der Psychiater Richard Rahe und Thomas Holmes das „stressigste“ Erlebnis, das ein Mensch in seinem Leben erfahren kann (Wert: 100). Es folgen Scheidung (Wert: 73), Haftstrafe (Wert: 63), Tod eines Familienangehörigen (Wert: 63)

sowie die eigene Verletzung oder Krankheit (Wert: 53).

Das erste positive Erlebnis in dieser 43 Punkte langen Aufstellung ist die eigene Hochzeit auf Platz 7 (Wert: 50).

Bei Ereignissen, die durch negative Faktoren, sogenannten Stressoren, ausgelöst werden, verfällt der Körper in eine extreme Anspannung – eine solche kann durchaus positiv begründet sein, was die Unterscheidung schwierig macht. Gleichzeitig werden auch hier verschiedene Hormone und Neurotransmitter ausgeschüttet, wie Adrenalin. Geschieht dies regelmäßig, nehmen Leistungsfähigkeit und Aufmerksamkeit des Betroffenen spürbar ab. Sofern über einen längeren Zeitraum hinweg kein körperlicher Ausgleich geschaffen wird, kann er krank machen. Die Auswirkungen reichen von gelegentlichen Kopfschmerzen und Schlafstörungen bis hin zum Burn-out. Besonders ungünstig ist dabei noch, wenn die

Stress-Situation ohne eigenes Zutun entstanden ist (hoher Termindruck) oder wenn die zu leistenden Arbeiten definitiv nicht zu schaffen sind – man also schon von vornherein weiß, dass man scheitern wird.

Die Unterscheidung der beiden Stressarten verdeutlicht, dass das Ausmaß einer Stress-Situation nicht ausschlaggebend ist. Entscheidend ist vielmehr, wie der Stress zustande kam und wie man sich selbst dabei fühlt. Hier ist zu betonen, dass Menschen noch Zeit zur Reflexion haben müssen, um sich noch selbst fühlen zu können. Positiver Eustress kann sogar die Gesundheit fördern. Er wirkt anregend und belebend, die körpereigene Abwehr wird gestärkt. Es gibt jedoch noch eine Kehrseite der Medaille: Wenn man nach einer länger anhaltenden Stressphase, und sei sie noch so positiv behaftet, endlich fertig ist und entspannt, wird man nicht selten krank, da die Alarmbereitschaft von Körper, Seele und nicht zuletzt dem Immunsystem

plötzlich erschläft. Post-Stress-Syndrom nennen das Fachleute. Ganz typisch zum Beispiel: nach überstandenen Ereignissen, für die man sich lange und intensiv vorbereitet hat.

Die Frage ist: Was hält gesund?

Belastungen, Stress, vielfältige Herausforderungen machen allen Menschen zu schaffen. Doch manche stehen wie ein Fels in der Brandung. Warum bewältigen manche Menschen Krisen und Herausforderungen besser als andere? Was macht sie psychisch stärker? Was ist entscheidend dafür, dass der Beruf Bürgermeister trotz aller Anforderungen nicht zum Stressberuf wird?

Ein Phänomen, das hier schützend auf den Menschen wirkt, ist Resilienz. Dieser Begriff wird auch außerhalb von Fachkreisen immer mehr zum Begriff. Der dazu entwickelte Kohärenzsinn stärkt Menschen.

Stresskala



Stresskala entwickelt von Richard Rahe und Thomas Holmes



Resilient zu sein, bedeutet mit den Widrigkeiten des Lebens gut umgehen zu können. Resilienz oder seelische Widerstandskraft scheint einigen Menschen schon in die Wiege gelegt worden zu sein. Doch erwiesenermaßen erlernen Menschen das in ihrer Kindheit. Somit kann sie auch ein Leben lang weiterentwickelt und gestärkt werden, sodass man in Zeiten der Krise wieder rasch wieder auf die Beine kommen kann.

Das Resilienzkonzept wurde auf den Erkenntnissen der amerikanischen Entwicklungspsychologin Emmy Werner entwickelt. Werner beobachtete und analysierte 700 Hawaiianer, die 1955 geboren wurden, über 40 Jahre hinweg. Dabei interessierte sie sich vor allem dafür, wie Menschen, die in schwierigen, z.B. von Armut und Gewalt geprägten Lebensumständen aufwuchsen, dennoch eine gute psychische Gesundheit entwickeln können. Aaron Antonovsky (1923-1994) verarbeitete auf Grund seiner eigenen Erfahrungen Erkenntnis-

se, warum Menschen den Holocaust überlebten und danach ein zufriedenes Leben leben konnten. Er prägte den Begriff der Kohärenz. Folgende Eigenschaften helfen resilient zu sein und stellen somit gesundheitsfördernde Schlüsselbegriffe dar: Optimismus und Selbstwirksamkeit, Verantwortung und Netzwerorientierung, Lösungsorientierung und Zukunftsorientierung. Das Gefühl der Verstehbarkeit, der Handhabbarkeit und der Sinnhaftigkeit.

Weiters zählt der Lebensstil zu einem wesentlichen Einflussfaktor auf die eigene Gesundheit. Wissenschaftler gehen davon aus, dass mehr als 70% aller Erkrankungen in den westlichen Industrieländern ernährungs- und lebensstilinduziert sind. Insbesondere Fehlernährung, Bewegungsmangel und Übergewicht spielen eine große Rolle.

Aber auch Nikotingenuss und Alkoholkonsum tragen dazu bei.

STRESSBERUF BÜRGERMEISTER/IN

Die Folgen sind Herz-Kreislauferkrankungen, Diabetes und Krebs. Auch hier sind Bürgermeister/innen sehr gefordert.

Was braucht es? Was kann Bürgermeister/innen helfen gesund zu bleiben?

Nicht viel anderes, als Menschen in anderen Berufen, nur die Umsetzung scheint herausfordernder.

- 2-3x die Woche Zeit für Bewegung
- ausgeglichene, regelmäßige Ernährung
- mäßiger Alkoholkonsum
- kein Nikotin
- ausreichend Schlaf
- Gelassenheit
- gute Freunde
- das Wissen um gesundheitsfördernde Faktoren

So wird der Beruf des Bürgermeisters nicht zu einem Stressberuf sondern zu einer freudvollen Berufung.

TW Colligan, EM Higgins - Journal of Workplace Behavioral Health, 2006 - Taylor & Francis

A.Lohmann-Haislah: Stressreport Deutschland 2012. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 2012

Dr. Jutta Hella: Resilienz, ISBN: 978-3-8338-2735-8, Gräfe und Unze Verlag, 2014

www.resilience-project.eu
www.stress-ratgeber.de

Petra Gajar, 48, ist seit 1997 in der Gesundheitsförderung tätig. Sie organisiert die Bürgermeister/innen-Seminare für den Fonds *Gesundes Österreich*, ist zertifizierte Weiterbildungsmanagerin, Gesundheitsreferentin im FGÖ.



Karin Kadenbach
Abgeordnete im
Europäischen Parlament

DAS KOMMUNALE EUROPA KLEIN UND EGAL?

Auf die Frage, ob ich bereit wäre/Lust hätte/daran interessiert wäre, für den Kommunalen Zukunftsbericht 2015 des Österreichischen Gemeindebundes ein paar Gedanken zu „Klein und egal? Die Bedeutung der Gemeinden in Europa“ niederzuschreiben, habe ich sofort mit „Ja, gerne!“ geantwortet. Schließlich habe ich vor nunmehr 25 Jahren genau dort, nämlich in einer kleinen Gemeinde, erstmals für ein politisches Mandat kandidiert und voll Stolz den Einzug in den Gemeinderat geschafft. Daraus wurden dann 16 Jahre – einige davon sogar als geschäftsführende Gemeinderätin. Spannendes, bürgernahes Engagement – „Politik zum Angreifen“ sozusagen. Am wichtigsten waren sicherlich die Planung und der Bau unserer Kläranlage sowie die Erneuerung der Trinkwasserversorgung. Wir haben damals vielleicht noch nicht von „Daseinsvorsorge“ gesprochen, aber es war klar, dass es sich hier um eine der wesentlichsten Aufgaben der

Gemeinde handelt. Die Kommunen versorgen die Menschen mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen – und die Bürgerinnen und Bürger können darauf vertrauen, dass die Steuerung und Kontrolle durch demokratisch legitimierte kommunale Vertretungskörperschaften erfolgt und nicht durch marktwirtschaftlich gewinnorientierte Unternehmen. Mein Engagement in der Gemeinde und später als Landtagsabgeordnete sowie danach als Regierungsmitglied galt aber auch dem Sozialbereich und dem Umwelt- und Naturschutz. Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Sozialzentren, die Verfügbarkeit von medizinischen Leistungen - sie bestimmen maßgeblich die Lebensqualität einer Gemeinde. Initiativen wie „Die gesunde Gemeinde“ oder die „Klimabündnisgemeinde“ tragen dazu bei, das Bewusstsein der Bevölkerung für diese Themen zu schärfen und damit für zusätzliche Aktivitäten zu werben.

Heute, als Abgeordnete zum Europäischen Parlament, gilt mein Hauptaugenmerk immer noch diesen Themenfeldern. Als Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Volksgesundheit und Nahrungsmittelsicherheit sowie des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung halte ich die enge Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden für unerlässlich. 2007, anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Europäischen Union, hieß es in der Berliner Erklärung: „Viele Ziele können wir nicht einzeln, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, ihre Mitgliedsstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich diese Aufgaben.“

Gemeinden und Städte – egal ob Dorf oder Millionen-Metropole – machen Europa aus. Das Gelingen der Europäischen Idee, der weitere Ausbau der EU zu einer Sozialunion, wird maßgeblich auch von einer harmonischen Zusammenarbeit der Europäischen Institutionen mit

DAS KOMMUNALE EUROPA KLEIN UND EGAL?

den Regionen und Kommunen abhängen.

20 Jahre Österreich in der EU

Österreichs Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995 hatte in nahezu allen Bereichen Auswirkungen auf die Kommunen. Schließlich haben ca. 70 Prozent aller EU-Gesetze direkten Einfluss auf das Leben der Menschen – diese reichen von Verkehrs- und Umweltregelungen über Sozialpolitik bis hin zum Gesundheitswesen. Beim Entstehen dieser Gesetze haben sich die „Kraftverhältnisse“ innerhalb der Europäischen Union in diesen 20 Jahren stark verändert. Zum einen ist die EU auf mittlerweile 28 Mitgliedsstaaten angewachsen. Zum anderen hat es durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon im Jahre 2009 Kompetenzverschiebungen und -erweiterungen innerhalb der drei Institutionen – Kommission, Rat, EU-Parlament – gegeben. Die Aufwertung des Parlaments stellt sicherlich ei-

nen Meilenstein in der Geschichte der europäischen Integration dar. Das Parlament, die demokratisch gewählte BürgerInnenkammer Europas, wurde dadurch dem Rat der Mitgliedsstaaten in seiner Entscheidungsmacht weitgehend gleichgestellt. Das gleiche Vertragswerk ist es auch, das für die kommunale Ebene in der EU eine gewichtige Rolle spielt. Denn das Recht auf kommunale Selbstverwaltung wurde mit dem Lissabonner Vertrag im EU-Primärrecht festgeschrieben.

Kompetenzen respektieren

Das sogenannte Subsidiaritätsprinzip wurde gestärkt. So wird im Vertrag von Lissabon klargestellt, dass die EU nicht nach Belieben in den unterschiedlichsten Politikbereichen tätig werden und Gesetze erlassen kann, sondern stets die zuständigen Ebenen zu respektieren hat. Die EU kann nur dann tätig werden, wenn eine bestimmte Zielsetzung weder auf lokaler,

regionaler noch nationaler Ebene erreicht werden kann. Die strenge Anwendung des Subsidiaritätsprinzips bedeutet daher auch ein höheres Maß an Schutz für die Zuständigkeiten, die den Gemeinden und Städten obliegen. Im Zweifel ist es der Ausschuss der Regionen, der den Europäischen Gerichtshof anrufen kann, wenn eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips vermutet wird. Der Ausschuss der Regionen ist die Versammlung der Regional- und GemeindevertreterInnen aus der gesamten Europäischen Union. Sie müssen im Gesetzgebungsprozess gehört werden und überprüfen gegebenenfalls die Missachtung einer kommunalen oder regionalen Kompetenz. Im Vertrag von Lissabon ist das grundsätzliche Recht der Gemeinden und Städte, die Leistungen der Daseinsvorsorge auch weiterhin in kommunaler Eigenverantwortung zu erbringen, verankert. Mit der fortschreitenden Integration und Weiterentwicklung des

Binnenmarkts kam es jedoch im Bereich der Daseinsvorsorge zu einem Spannungsverhältnis mit dem Wettbewerbsrecht. Auf kommunaler Ebene herrschte die berechtigte Sorge vor Liberalisierungs- und Privatisierungszwang. Auch die sogenannte Konzessionsrichtlinie sorgte für erneute Zweifel und Bedenken. Die Richtlinie behandelt Ausschreibungen auf EU-Ebene und regelt, welche Leistungen der Daseinsvorsorge auch von privaten Dienstleistern erbracht werden können. In ihrer ursprünglichen Version hat die Konzessionsrichtlinie auch den Bereich der Wasserversorgung als ausschreibungspflichtig vorgesehen. Auf Druck des Parlaments und nicht zuletzt durch den enormen Einsatz der Kommunen und der Kommunalverbände sowie der Bürgerinitiative „Right2Water“ wurde die Wasserversorgung schließlich von der Richtlinie ausgenommen. Aber nun droht die Gefahr der Liberalisierung von „Übersee“.

Freier Handel

Derzeit wird zwischen den USA und der EU ein Freihandelsabkommen (TTIP) diskutiert. Die intransparente Art der Verhandlungen und vor allem auch die befürchteten Auswirkungen auf die europäischen Sozial- und Umweltstandards sorgen für große Skepsis und Ablehnung. Nicht nur im Nationalrat, sondern auch von einigen Landtagen und zahlreichen Gemeinden wurden kritische Erklärungen und Positionen zu TTIP beschlossen. Dessen Auswirkungen stünden in direktem Zusammenhang mit der kommunalen Ebene und wären für alle spürbar. Umso wichtiger ist es zu garantieren, dass etwa die kommunale Daseinsvorsorge unter keinen Umständen in Frage gestellt wird – eine weitere Marktöffnung und Liberalisierung wäre nicht im Sinne einer verantwortungsvollen Grundversorgung der Bevölkerung. Am Beispiel von TTIP zeigt sich einmal mehr, dass Europapolitik immer auch

Kommunalpolitik ist. Aber auch sämtliche Fragen der Ressourceneffizienz, der Energieversorgung und der Mobilität sind nur gemeinsam mit den Kommunen zu lösen. Egal ob es sich dabei um Energieeffizienzmaßnahmen im kommunalen Wohnbau, um das Konzept der Smart Cities oder um Abfallverwertung und Recyclinganlagen handelt. Europäische Gesetzgebung hat in enger Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten sowie den Regionen, den Dörfern und Städten zu erfolgen, die diese Gesetzgebung dann auch umsetzen und „leben“ müssen. Klimaschutz, Umweltschutz, Naturschutz wird nur dann wirksam werden, wenn die Menschen verstehen, was eine intakte Natur, sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Lebensmittel für sie bedeuten. Und dies zu vermitteln, gelingt am besten dort, wo die Menschen leben, wo sie arbeiten: in den Gemeinden. Dort, wo sie sich unmittelbar betroffen fühlen. Wo die Probleme, aber auch die Lösungen, sichtbar und spürbar sind.



DAS KOMMUNALE EUROPA KLEIN UND EGAL?

Lange To-Do-Liste

Für die nächsten Jahre haben wir uns in der EU viel vorgenommen. Wir müssen Europa wieder aus der Krise führen – dazu muss vor allem investiert werden. Zuerst in Beschäftigung – und hier vor allem in die Beschäftigung der Jugendlichen, denn das ist für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders wichtig. Beschäftigung schafft Einkommen und damit Kaufkraft. Unsere Kommunen haben hier eine wesentliche Rolle als Arbeitgeber und Erbringer von Dienstleistungen. Wir müssen verstärkt in Bildung, Ausbildung, Forschung und Innovation investieren – die diversen Förderprogramme müssen noch effizienter und fokussierter eingesetzt werden. Hier bedarf es einer optimalen Abstimmung aller Akteure von der lokalen über die nationale bis zur EU-Ebene. Wir müssen ein Europa der Verteilungsgerechtigkeit und der Solidarität leben.

Wir müssen unserem Status als Friedensnobelpreisträger und Friedensnobelpreisträgerinnen gerecht werden. Die Zukunft Europas wird von den Menschen, die jetzt in der EU politische Verantwortung tragen, entscheidend mitgestaltet. Von den 751 EU-Abgeordneten ebenso wie von den vielen tausenden Regional- und KommunalpolitikerInnen in den 28 Mitgliedsstaaten.

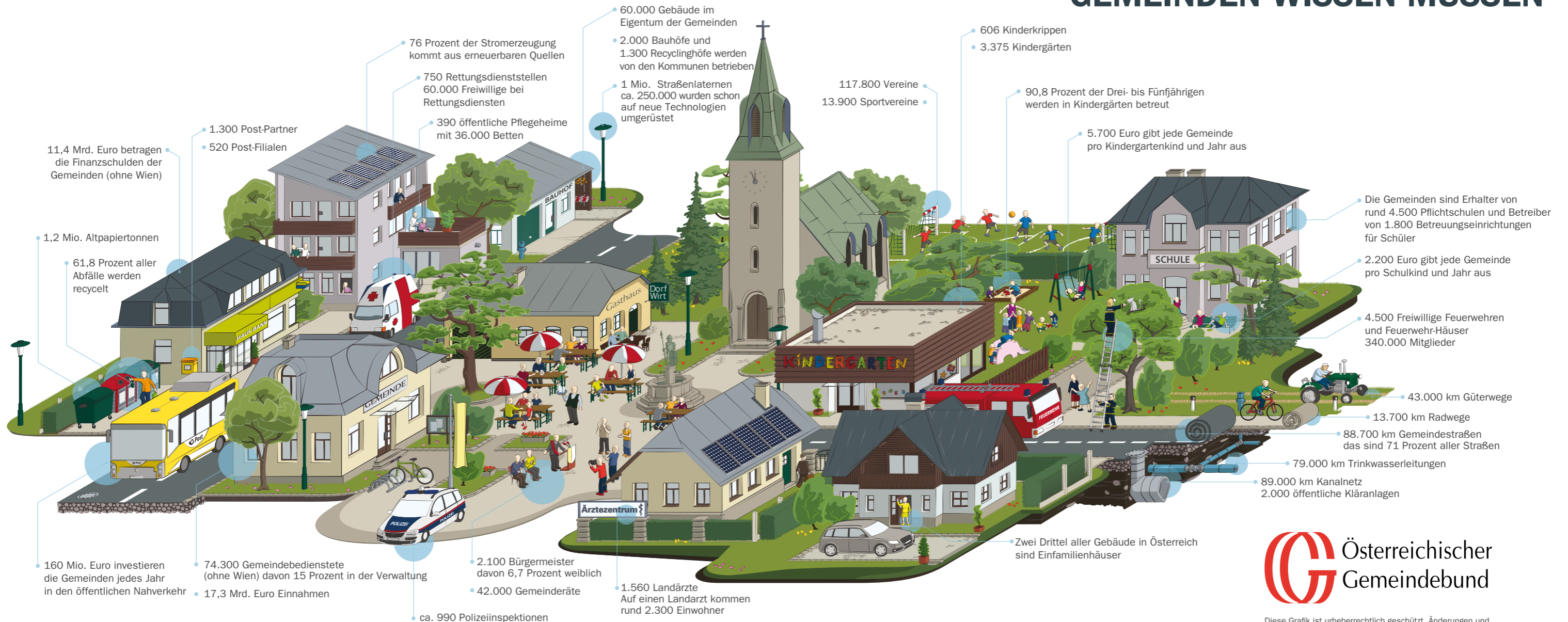
Daher halte ich es auch für wichtig, dass die österreichische Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm den Ausbau der Initiative „EU-Gemeinderäte“ festgeschrieben hat – mit dem Ziel, in jeder Gemeinde einen EU-Gemeinderat zu etablieren. Sie sollen, ähnlich wie die ReferentInnen für Umwelt- oder Jugendfragen, als AnsprechpartnerInnen für EU-Themen in den Gemeinden fungieren. Gemeinsam mit den Gemeindevertreterverbänden, dem Gemeinde- und dem Städtebund werde ich mich auch in den

nächsten Jahren darum bemühen, wieder möglichst vielen BürgermeisterInnen und GemeindevandamentarInnen im Rahmen von Studien- und MultiplikatorInnenreisen einen Besuch der europäischen Institutionen in Brüssel oder Straßburg zu ermöglichen.

Dieses persönliche Kennenlernen, der „Blick hinter die Kulissen“ und der Erfahrungsaustausch stärken das Fundament der Zusammenarbeit und des Verständnisses.

Karin Kadenbach, 57,
ist Abgeordnete im Europäischen Parlament. Sie studierte an der Elmira Free Academy, New York, USA und schloss mit dem American High School Diploma ab. Die Mutter von fünf Kindern stieg 1990 in Großmugl als SPÖ-Gemeinderätin in die Politik ein. Von 2007 bis 2008 war sie Landesrätin für Gesundheit.

WAS SIE ÜBER ÖSTERREICHS GEMEINDEN WISSEN MÜSSEN





Das Büro des Österreichischen Gemeindebundes

votr.HR Dr. Walter LEISS (Generalsekretär)
 wHR Mag. Nicolaus DRIMMEL
 (Abt.Leiter Recht und Internationales, stv. Generalsekretär)
 Rinore GASHI (Sekretariat)
 Konrad GSCHWANDTNER, Bakk. BA
 (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)
 Mag. Bernhard HAUBENBERGER
 (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)
 Daniel KOSAK
 (Abt.Leiter Kommunikation & Medien, Pressesprecher)
 Sabrina NEUBAUER (Assistentin des Pressesprechers)
 Mag. Anna NÖDL-ELLENBOGEN (Projektentwicklung)
 Sandra RIHA (Sekretariat)
 Mag. Carina RUMPOLD (Redakteurin)
 Claudia SEDLAK (Sekretariat)
 Beate WINKLER
 (Büroleitung, Finanz- u. Personaladministration)
 Volontär/in (Kommunikation & Medien)
 Blerda LOSHAJ (Karenz)
 Petra STOSSIER (Karenz)

Für einzelne Fachbereiche werden darüber hinaus
 Konsultanten zu Rat gezogen.
 Per E-Mail sind alle Mitarbeiter/innen über
vorname.nachname@gemeindebund.gv.at erreichbar.

Kontakt:

Österreichischer Gemeindebund
 Löwelstraße 6
 1010 Wien
 Tel.: (01) 512 14 80
www.gemeindebund.at
office@gemeindebund.gv.at

Das Österreichische Gemeindebundbüro in Brüssel
 Mag. Daniela FraiB (Büroleitung)
 Avenue de Cortenbergh 30
 Tel.: +32 2 - 28 20 680
 E-Mail: oegemeindebund@skynet.be

DER ÖSTERREICHISCHE GEMEINDEBUND

„Wir schaffen Heimat“ ist nicht nur Teil des Leitbilds des Österreichischen Gemeindebundes, sondern auch täglicher Arbeitsauftrag in der Interessensvertretung der heimischen Kommunen.

2.100 Gemeinden gibt es derzeit in Österreich. 2.089 davon sind in den Landesverbänden des Österreichischen Gemeindebundes organisiert. Der Österreichische Gemeindebund ist die Dachorganisation seiner Landesverbände und vertritt die Interessen der Kommunen auf Bundesebene. Diese Aufgabe ist verfassungsrechtlich abgesichert und gibt dem Gemeindebund das Mandat für die Gemeinden auch Vereinbarungen zu treffen.

Der Finanzausgleich, ist sicherlich die wichtigste Vereinbarung, die zwischen Bund, Ländern und

Gemeinden getroffen wird. Aber auch andere Themenfelder, wie etwa der Ausbau der Nachmittagsbetreuung in den Schulen oder auch die Finanzierung der Pflege werden vom Gemeindebund für alle Gemeinden verhandelt.

Die Kommunen selbst sind (freiwillige) Mitglieder in ihren jeweiligen Landesverbänden. Die Landesorganisationen wiederum sind Mitglieder des Österreichischen Gemeindebundes. Oberstes Organ ist der Bundesvorstand der 65 Mitglieder hat und zumindest zwei Mal pro Jahr zusammentritt. Wesentlich öfter tritt das Präsidium zusammen, um aktuelle politische Entwicklungen und Herausforderungen zu beraten.

An der Spitze des Gemeindebundes steht seit 1999 Präsident Helmut Mödlhammer. Die beiden

Vizepräsidenten Alfred Riedl und Rupert Dworak, sowie die Obmänner der anderen Landesverbände bilden das Präsidium. Zum Landesobmann können nur aktive Bürgermeister/innen gewählt werden.

Das operative Tagesgeschäft wird vom Generalsekretariat unter der Führung von Dr. Walter Leiss erledigt. Mit insgesamt zwölf Mitarbeiter/innen ist die Struktur dort sehr schlank. Die Landesverbände unterhalten eigene Geschäftsstellen und vertreten die Interessen ihrer Mitgliedsgemeinden gegenüber ihren Bundesländern. Sie begutachten Landesgesetze und schließen Vereinbarungen mit ihren Landesregierungen.

Für weitere Information über die Arbeit des Gemeindebundes besuchen Sie bitte unsere Homepage www.gemeindebund.at



PRÄSIDIUM ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Organe und Gremien des Österreichischen Gemeindebundes (Stand Sommer 2015)

Präsidium



1. Vizepräsident
Präs. LAbg. Bgm. KommR Mag.
Alfred Riedl (NÖ-VP)



Präsident
Prof.
Helmut Mödlhammer (S)



2. Vizepräsident
Präs. LAbg. Bgm.
Rupert Dworak (NÖ-SP)

Weitere Mitglieder im Präsidium

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits (B-VP)
Präs. LAbg. Bgm. Erich Trummer (B-SP)
Präs. Bgm. Peter Stauber (K)
Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (OÖ)
Präs. Bgm. Günther Mitterer (S)
Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (St)
Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf (T)
Präs. Bgm. Harald Köhlmeier (V)

Mitglieder des Präsidiums mit beratender Stimme

Generalsekretär vortr. HR Dr. Walter Leiss
Bgm. Hanspeter Wagner (int. Vertreter)
Vbgm. Dr. Carmen Kiefer (int. Vertreterin)
LAbg. Bgm. Johannes Peinsteiner (int. Vertreter)
NR GGR Hannes Weninger (int. Vertreter)
VPräs. Bgm. Arnold Marbek (int. Vertreter)



BUNDESVORSTAND ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Mitglieder Burgenland

Präs. LAbg. Bgm. Erich Trummer
Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits
VPräs. BR Bgm. Inge Posch-Gruska
VPräs. LAbg. Bgm. Mag. Thomas Steiner

Mitglieder Kärnten

Präs. Bgm. Peter Stauber
VPräs. Bgm. Martin Gruber
VPräs. Bgm. Maximilian Linder
VPräs. LAbg. Bgm. Klaus Köchl
VPräs. Bgm. Josef Müller

Mitglieder Niederösterreich

Präs. LAbg. Bgm. KommR Mag. Alfred Riedl
VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser
VPräs. Bgm. Dipl.-Ing. Johannes Pressl
LAbg. Bgm. Josef Babler
Bgm. Margit Göll
Bgm. Kurt Jantschitsch
Bgm. Manfred Marihart
Bgm. Anette Töpfl
Bgm. Michaela Walla
Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
Bgm. Andreas Babler
Mag. Sabine Blecha
LGf. Dir. GemR Mag. Ewald Buschenreiter
Bgm. Herbert Goldinger
LAbg. Bgm. Renate Gruber

Mitglieder Oberösterreich

Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer
VPräs. Bgm. Manfred Kalchmair
VPräs. BR Bgm. Peter Oberlehner
Bgm. Mag. Walter Brunner
Bgm. Johann Holzmann
BR Ggm. Ewald Lindinger
Bgm. Dir. Johann Meyr
Bgm. Mag. Andreas Fazeni
LAbg. Bgm. Johannes Peinsteiner
Bgm. Mag. Anton Silber
Bgm. Karl Staudinger
Bgm. Johann Weirathmüller

Mitglieder Salzburg

Präs. Bgm. Günther Mitterer
Bgm. Wolfgang Eder
Bgm. Peter Eder
Bgm. Johann Warter
Prof. Helmut Mödlhammer

Mitglieder Steiermark

Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
VPräs. Bgm. Manfred Seebacher
VPräs. Bgm. Christoph Stark
Bgm. Robert Hammer
Bgm. Engelbert Huber
Bgm. Johann Kaufmann
LAbg. Bgm. Karl Lackner
Bgm. Dir. Karl Pack
Bgm. Reinhard Reisinger
Bgm. Ronald Schlager
Bgm. Johann Urschler
Bgm. Gerhard Weber

Mitglieder Tirol

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
VPräs. Bgm. Günter Fankhauser
VPräs. Bgm. Edgar Kopp
VPräs. Bgm. Rudolf Nagl
Bgm. Aurel Schmidhofer
BR Bgm. Johann Schweigkofler
Bgm. Ing. Rudolf Puecher

Mitglieder Vorarlberg

Präs. Bgm. Harald Köhlmeier
VPräs. Bgm. Dipl.-Volkswirt Andrea Kaufmann
VPräs. Bgm. Werner Müller
Bgm. a.D. Mag. Elisabeth Wicke



EHRENMITGLIEDER **ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND**

Ehrenpräsidenten

Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. OSR Ferdinand Reiter †
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz Romeder

Ehrenmitglieder des Präsidiums

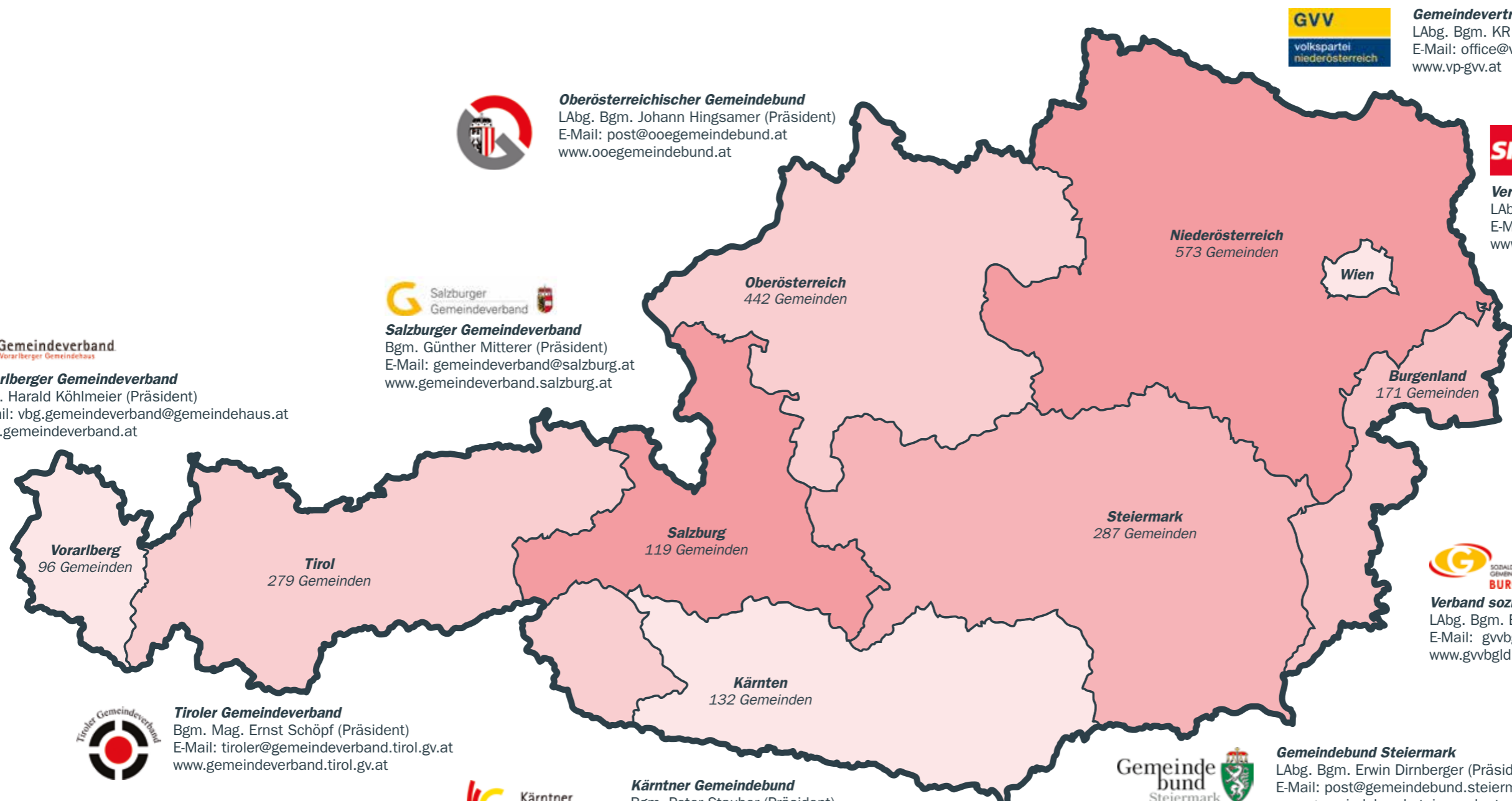
Generalsekretär a.D. vortr.HR i.R. Dr. Robert Hink

Träger des Ehrenringes

Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. OSR Ferdinand Reiter †
Präs. a.D. Bgm. a.D. Rudolf Ostermann †
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz Romeder
Präs. a.D. Abg. z. LT u. NR a.D. Bgm. a.D. Hermann Kröll
Generalsekretär a.D. vortr.HR i.R. Dr. Robert Hink

Ehrenmitglieder

Präs. a.D. Bgm Mag. Wilfried Berchtold
BR a.D. Bgm. a.D. Ludwig Bieringer
LTPräs. a.D. Bgm. Hans Ferlitsch
Bgm. a.D. Reinhold Fiedler
Bgm. Valentin Andreas Happe
LR VPräs. a.D. Bgm. a.D. Fritz Knotzer
Präsident a.D. Bgm a.D. Anton Koczur
LH a.D. Dr. Josef Krainer
Präs. a.D. Abg. z. LT u. NR a.D. Bgm. a.D. Hermann Kröll
Dir. a.D. Helmut Lackner
Landesgeschäftsführer a.D. Dr. Helmut Ludwig
Bgm. a.D. Erwin Mohr
HR Univ.-Prof. Dr. Hans Neuhofer
Bgm. a.D. Franz Ninaus
LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Walter Prior
Präs.a.D. Bgm a.D. Günther Pumberger
Präs. a.D. Bgm a.D. Michael Racz
Präs. a.D. LAbg. a.D. Bgm. a.D. Dipl.-Volkswirt Hubert Rauch
Bgm. a.D. Vinzenz Rauscher
Präs. a.D. LAbg. a.D. Bgm a.D. Franz Rupp
Präs. a.D. Bgm. Ernst Schmid
Magistratsdirektor Mag. Christian Schneider
Bgm. a.D. Ökon.-Rat Hans Steiner
Präs. a.D. Bgm. Ferdinand Vouk
Präs. a.D. Bgm. a.D. Bernd Vögerle
Dir. a.D. Dr. Klaus Wenger



Oberösterreichischer Gemeindebund
 LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (Präsident)
 E-Mail: post@ooegemeindegund.at
 www.ooegemeindegund.at



Salzburger Gemeindeverband
 Bgm. Günther Mitterer (Präsident)
 E-Mail: gemeindegund@salzburg.at
 www.gemeindegund.salzburg.at



Vorarlberger Gemeindeverband
 Bgm. Harald Köhlmeier (Präsident)
 E-Mail: vbg.gemeindegund@gemeindegundhaus.at
 www.gemeindegundhaus.at



Tiroler Gemeindeverband
 Bgm. Mag. Ernst Schöpf (Präsident)
 E-Mail: tiroler@gemeindegund.tirol.gv.at
 www.gemeindegund.tirol.gv.at



Kärntner Gemeindebund
 Bgm. Peter Stauber (Präsident)
 E-Mail: gemeindegund@ktn.gde.at
 www.kaerntner-gemeindegund.at



Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich
 LAbg. Bgm. KR Mag. Alfred Riedl (Präsident)
 E-Mail: office@vp-gvv.at
 www.vp-gvv.at



Verband sozialdem. Gemeindevertreter in NÖ
 LAbg. Bgm. Rupert Dworak (Präsident)
 E-Mail: office@gvnoe.at
 www.gvnoe.at



Burgenländischer Gemeindebund
 LAbg. Bgm. Leo Radakovits (Präsident)
 E-Mail: post@gemeindegund.bgld.gv.at
 www.gemeindegund-burgenland.at



Verband sozialdem. Gemeindevertreter im Burgenland
 LAbg. Bgm. Erich Trummer (Präsident)
 E-Mail: gvbgld@spoe.at
 www.gvbgld.at



Gemeindebund Steiermark
 LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (Präsident)
 E-Mail: post@gemeindegund.steiermark.at
 www.gemeindegund.steiermark.at

Wir legen großen Wert auf Gleichbehandlung. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit beziehen sich die gewählten neutralen Bezeichnungen, wie Bürger, Politiker etc., sowohl auf Männer als auch auf Frauen.

Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
ww.gemeinebund.at

Koordination und Redaktion: Daniel Kosak, Mag. Carina Rumpold, Sabrina Neubauer

Gestaltung: Essence GmbH // 1060, Laimgrubengasse 14 // www.essence.at

Fotos: event-fotograf.at (Seite 4)
Ernest Zederbauer/Weittra (Seite 8)
Carina Rumpold (Seite 10, 28, 84, 88 und 94)
Matern/Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich (Seite 20 und 91)
Adolf Bereuter (Seite 30, 32, 34 und 38)
Dem Österreichischen Gemeindebund zur Verfügung gestellt
(Seite 38, 40, 60, 68, 70, 74, 80 und 91)
Shutterstock.com (Seite 42, 44 und 48)
Philipp Monihart, www.charakter.photos (Seite 46)
Luca-Mercedes Stemer, www.lucamercedes.com (Seite 52)
Jürgen Schmücking (Seite 66)
Gerhard Rainer (Seite 72)
Matern (Seite 91)
Schuller (Seite 92)

Grafiken und Illustrationen: Essence GmbH // 1060, Laimgrubengasse 14 // www.essence.at

Quellen der Grafiken: Gemeindebund (Seite 12)
Statistik Austria (Seite 14)
Unternehmensservice Portal (Seite 16)
Wirtschaftskammer/Rechnungshof (Seite 22)
ATV Klartext/Zentrum für Verwaltungsforschung (Seite 26)
Studie „Junge Deutsche 2015“ (Seite 54, 56 und 58)
BFA, Integrationsbericht 2015 (Seite 62 und 64)

Gemeindegrafik: Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien (Seite 86 und 87)

Österreichgrafik: Mag. Georg Ihm, IHM & IHM GmbH & Co KG (Seite 96 und 97)



Österreichischer Gemeindebund
1010 Wien • Löwelstraße 6
www.gemeindebund.at